Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 4. Dienstag, den 6. Januar 1920. 27. Jahrg.

Der neue Reichstag.

Als vor einem Jahre die Wahl zur Nationalversammlung vorgenommen werden sollte, die dringend notwendig war, um Deutschland vor dem Chaos zu retten, ohne die Friedensverhandlungen und Lebensmittellieferungen niemals begonnen hätten, da tobten die „Unabhängigen", erst müßten die Grenzen Deutschlands feststehen und die Kriegsgefangenen heimgekehrt sein — vorher wäre jede Wahl eine Fälschung des Volkswillens. Wären wir damals den „Unabhängigen" gefolgt, wir hätten heute noch keine Nationalversammlung.

Seitdem aber die Nationalversammlung zusammen ist, fordern die „Unabhängigen" alle Augenblicke Neuwahlen. So sehr sie den Parlamentarismus als eine der unwichtigsten Waffen im Befreiungskampf der Arbeiterschaft schlecht gemacht haben, so wenig können sie es aushalten, ohne Neuwahlen, ohne Mandate. Man muß nicht versuchen, irgendeine Logik in der „unabhängigen" Demagogie zu entdecken. Es ist alles nur agitatorische Gelegenheitsmache, geradeso wie es der Augenblick geraten erscheinen läßt. Dabei ist es sachlich klar, daß so notwendig wie die Wahlen im Januar vorigen Jahres waren, so unmöglich sie gegenwärtig sind. Der endgültige Reichstag kann offenbar wirklich erst gewählt werden, wenn die Volksabstimungen vorgenommen sind, wenn die Grenzen feststehen, wenn die Gefangenen wenigstens aus Frankreich wieder daheim sind. (Wann die armen Gefangenen aus Sibirien kommen, läßt sich heute leider noch nicht absehen.) Selbst das neue Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk und das neue Reichstagswahlgesetz lassen sich kaum verabschieden, ehe wir nicht wissen, wie groß das künftige Deutschland sein wird. Wie soll man eine Wahlkreiseinteilung gesetzlich festlegen, so lange das Schicksal Marienburgs, Allensteins, Flensburgs und Oberschlesiens ungewiß ist?

Trotzdem arbeitet die Regierung mit aller Kraft daran, die notwendigen Gesetze so weit vorzubereiten, daß sie sofort verabschiedet werden können, wenn die notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind. So wird dem Reichstage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Januar das neue Reichstagswahlgesetz zugehen. Die bisherigen amtlichen Mitteilungen darüber lassen hoffen, daß es besser sein wird als das vorläufige Gesetz, nach dem die Nationalversammlung gewählt wurde.

Die grundsätzlichen Bestimmungen über die künftige Wahl stehen bereits in der Reichsverfassung. Das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre ist dort bereits vorgeschrieben, und ebenso bestimmt der Artikel 22, daß die Verhältniswahl beizubehalten ist. Nur um die Ausgestaltung dieser Verhältniswahl kann es sich in Zukunft handeln. Das bisher geltende Verhältniswahlrecht folgt bekanntlich dem System der gebundenen Listen. Die Stimmen, die eine Partei erhalten hat, werden — ohne Rücksicht darauf, welche Person der einzelne Wähler aussuchen wollte — für die Liste angerechnet, und auf diese werden die Mandate nach der Reihenfolge verteilt, in der dort die Kandidaten aufgezählt waren. Wer an den ersten Plätzen der Liste stand, konnte sich damit ohne Rücksicht auf seine persönliche Leistung oder Beliebtheit von vornherein als gewählt betrachten. Das mindert natürlich die Qualität der Parlamentarier außerordentlich herab. In dem gleichen Sinne wirkten die sehr großen Wahlbezirke. Kein Kandidat hatte mehr die Möglichkeit, mit einer auch nur einigermaßen großen Zahl seiner Wähler in persönliche Berührung zu treten, kein Wahlbezirk hatte mehr eine Kontrolle darüber, wie weit der Abgeordnete in seiner Werbetätigkeit wirklich der Partei seines Bezirks zu nutzen in der Lage war. Die Verantwortung verteilte sich auf zuviele Schultern. In Wahrheit war es nicht mehr der Wähler, der den Abgeordneten aussuchte, sondern er konnte sich nur noch zwischen den Parteien als solchen entscheiden. Die Bestellung zum Abgeordneten nahm die Partei vor, und in dieser gewann der Vorstand der Organisation die eigentlich entscheidende Stellung.

Noch bedenklicher wäre es freilich gewesen, wenn man statt der gebundenen die freien Listen genommen hätte. Hervorragende Menschen haben immer auch eine Anzahl Feinde. Freie Listen führen deshalb dazu, daß meist gerade die hervorragenden Persönlichkeiten ein paar Stimmen weniger bekommen als die minderbekannten Kandidaten der gleichen Liste. Dieses „Köpfen" der Listen, welches die Entscheidung von wenigen Quertreibern abhängig macht, hat sich in der Praxis als ein noch viel größerer Uebelstand erwiesen, als die Einschränkung der Freiheit des Wählers durch die gebundene Liste.

Zwischen diesen Gefahren sucht das neue Reichsgesetz einen Ausweg. Es schafft kleinere Wahlkreise — Umfang und Abgrenzung sind noch offen gelassen — und läßt jeden Kandidaten ohne weiteres als gewählt gelten, der 60 000 Stimmen erhalten hat. Die übrigen Stimmen, sowohl die überschießenden wie auch die auf nichtgewählte Kandidaten entfallenen gehen aber nicht etwa verloren, sondern werden über das ganze Reich hin oder doch für große Teile des Reiches zusammengerechnet und gleichmäßig auf die Parteien verteilt. So hat jede Partei die Möglichkeit, eine oder mehrere Zentrallisten aufzustellen, auf der die Kandidaten am sicheren Platze stehen, welche die Partei unbedingt in das Parlament entsandt zu sehen wünscht. Auf der anderen Seite hat auch der einzelne Wahlbezirk und der einzelne Kandidat in diesem verkleinerten Wahlbezirk die Möglichkeit, eine persönliche Auswahl zu treffen und sich persönlich auszuzeichnen.

Im großen ganzen wird man dieses Wahlsystem wohl als mustergültig betrachten können. Natürlich wird es im einzelnen noch lebhafte Auseinandersetzungen darüber geben, wie groß die Einzelwahlkreise und wie groß die Wahlbezirke zu machen sind, für welche die Stimmen zusammengezählt werden. Aber von den Grundzügen des Entwurfes darf man annehmen, daß er die Billigung einer großen Volksmehrheit finden wird.

Ein Vorzug bleibt jedenfalls dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegenüber allen Phantasieplänen von berufsständischen Parlamenten und Kammern der Arbeit unbedingt erhalten: die Einfachheit und Durchsichtigkeit. In jedem berufsständischen Parlament würde es fortwährend die erbittersten Klassenkämpfe darum geben, welche Vertreterzahl jeder Berufsgruppe zukommt und eine friedliche Einigung darüber wäre auf die Dauer ganz ausgeschlossen. Demgegenüber ist die Demokratie schon deshalb das einzige Gerechte, weil sie das Einfache ist. Nur unter ihrem Schutze wird das deutsche Volk dasjenige Maß von innerem Frieden erlangen, das zu seiner Wiederaufrichtung unerläßlich ist.

Die Strafprozeßreform.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Die vom Reichsjustizministerium in ihren Grundzügen bekanntgegebene Strafprozeßreform befriedigt zwar nicht alle Forderungen entschiedener Rechtsreformer, aber doch einen großen Teil davon.

Eine der wichtigsten Neuerungen ist die Zulassung der Frau zur aktiven Teilnahme an der Rechtspflege. Das bisherige Prinzip, wonach die Frau nur Objekt der Justiz sein konnte, ist damit durchbrochen. Freilich ist die volle Gleichberechtigung der Frau in der Rechtspflege noch nicht hergestellt worden; aber nachdem einmal das starre, die Frau ausschließende Prinzip gefallen ist, wird sich die weitere Entwicklung zur völligen Gleichberechtigung der Frau wohl automatisch in der kürzesten Zeit vollziehen. Vorläufig sollen die Frauen als Schöffen und Geschworene überall da zugezogen werden, wo es sich um die Aburteilung von Frauen handelt. Das ist ein wichtiger Fortschritt; denn in vielen Fällen, wo es sich um Verbrechen besonders weiblicher Natur handelt, wie z. B. Abtreibung, Kindestötung usw., wird die Frau bei ihren Geschlechtsgenossinnen auf mehr Verständnis rechnen dürfen als bei einem lediglich aus Männern zusammengesetzten Gerichtshof. Es gibt allerdings auch Leute, die im Gegenteil behaupten, daß Frauen in solchen Dingen über Frauen härter und gehässiger urteilen, als Männer. Das wird im wesentlichen von der Erziehung abhängen, für Arbeiterfrauen dürfte es weniger zutreffen als für Frauen, die in der Moral des bürgerlichen Spießertums aufgewachsen sind. Deshalb muß gefordert werden, daß auch Proletarierinnen zahlreich zur Rechtspflege herangezogen werden.

In politischer Beziehung ist die Aenderung am wichtigsten, die mit der bisherigen Selbstherrlichkeit der Strafkammern aufräumt. Die lediglich aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern entschieden bisher die Hauptmasse aller Straffälle, nämlich die mittelschweren und einen Teil der leichteren, in erster und eigentlich auch letzter Instanz. Gegen die Urteile von Strafkammern war keine Berufung möglich, sondern nur das Rechtsmittel der Revision. Die Revision konnte aber nicht darauf gestützt werden, daß der Richter die tatsächlichen Beweismomente falsch gewürdigt, oder daß er sich im Strafmaß vergriffen hätte, sondern sie war nur zulässig, wenn ein positiver Rechtsirrtum vorlag, das heißt, wenn der Richter das Gesetz falsch angewendet hatte. Die Revisionsinstanz war nicht befugt, die tatsächlichen Feststellungen der Strafkammern oder das von ihnen verhängte Strafmaß nachzuprüfen. Damit war die Zahl der Revisionsfälle sehr eng umgrenzt, und es galt bei den Strafkammern als leicht zu handhabende Kunst, die Urteile „revisionsfest" zu machen, indem man die Begründung so formulierte, daß alle zweifelhaften Momente in die Beweiswürdigung abgeschoben wurden und die Rechtsanwendung daher so einfach wurde, daß eine falsche Auslegung des Gesetzes unmöglich war. Wenn eine Strafkammer z. B. einen unbescholtenen Arbeiter auf das Zeugnis eines Schutzmannes hin gegen 25 Entlastungszeugen wegen Beleidigung verurteilte, und außerdem die Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis aussprach, so war bisher gegen ein solches Urteil nicht anzukämpfen, wenn nur das rein Rechtliche in Ordnung war. Die Strafkammern besaßen daher eine schier unumschränkte Machtfülle.

Damit soll nun vollständig aufgeräumt werden. Die Strafkammern hören auf, reine Kammern von Berufsrichtern zu sein: das Laienelement erhält auch zu ihnen Eingang. Vor allem aber wird in Zukunft gegen jedes Strafurteil erster Instanz Berufung zulässig sein, die eine vollständige Nachprüfung des gesamten Materials, auch der Beweiswürdigung und der Strafbemessung ermöglicht. Das Schöffengericht wird künftig erste Instanz für alle leichten und mittleren Fälle sein, die Strafkammer scheidet als erste Instanz überhaupt aus; sie bildet aber nun auch — als Schöffengericht bestehend aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffen — die Berufungsinstanz für die genannten Fälle.

Besonders erfreulich ist auch, daß die Stellung der mittleren Justizbeamten, der Justizsekretäre, beträchtlich gehoben wird. Während sie früher nur als subalterne Gehilfen der Richter fungierten, werden sie künftig eine Anzahl von Arbeiten selbständig erledigen dürfen, bei denen früher die Anwesenheit eines Richters notwendig war. Wir hoffen, daß diese Maßregel gedacht ist als ein Mittel zum Aufstieg der Tüchtigen, und daß man in einiger Zeit dazu übergehen wird, solchen Justizbeamten, die sich bei derartigen Arbeiten bewähren, auch eigentlich richterliche Funktionen mit entsprechender Stellung und entsprechendem Gehalt zu übertragen.

Die Reform widerlegt den Vorwurf, daß die Republik nichts Positives schaffe. Sie bringt mit einem Schlage, woran das alte System jahrzehntelang vergeblich herumgedoktort hätte.

Immer neue Verzögerungen.

(WTB.) Berlin, 5. Januar. Die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Botschafter Dutasta, unter Mitwirkung des Ministers für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, Loucheur, mit dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation geführt werden, stehen **unmittelbar vor einem befriedigenden Abschluß**, so daß der Friedensvertrag vermutlich schon am heutigen Dienstag, 6. Januar, wie vorgesehen, in Kraft gesetzt werden könnte. Botschafter Dutasta erklärte jedoch gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, daß der Fünferrat neuerdings darauf besteht, daß **vor Inkraftsetzen des Friedensvertrages alle technischen Einzelheiten, die die Kommission Simsons zu behandeln habe, erledigt werden.** Bei diesen technischen Einzelheiten handelt es sich in der Hauptsache um die **Transporte der alliierten Truppen, um die Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Gebiete, in denen Volksabstimmungen stattzufinden haben, um die zuständige Gerichtsbarkeit** in diesen Gebieten, den **Uebergang der Verwaltungen** usw. Die Inkraftsetzung des Friedens wird also über den anfänglich in Aussicht genommenen Tag nicht deswegen hinausgeschoben, weil Prinzipienfragen noch strittig sind, sondern weil nach dem Wunsche des Fünferrates noch die erwähnten technischen Einzelheiten zu regeln sind.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles besprach Sonnabend einzelne der bei den Verhandlungen zu regelnden Fragen mit dem Generalsekretär der Friedensdelegation, Herrn Dutasta, nochmals mündlich. Bei dieser Gelegenheit wurde Herrn Dutasta eine Aufzeichnung übergeben, in der die Stellung der deutschen Regierung zu diesen Fragen kurz gekennzeichnet wird. Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, wie sie sich aus der **Nichtbeteiligung Amerikas** an der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden ergeben, ist **Deutschland bereit, weitgehend Entgegenkommen zu zeigen.** Es wird sodann nochmals festgestellt, daß **Verkäufe deutschen Hafenmaterials ins Ausland nach dem 3. November** nach bisher angestellten Ermittelungen **nicht stattgefunden haben.** Ferner wird erneut **Verwahrung dagegen eingelegt,** daß die **Besatzungen der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow,** die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtbereich der Gegner begaben, **gewaltsam festgehalten werden.** Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die **sechs kleinen Kreuzer,** die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Ersatz durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die bewegliche Verteidigung der langgestreckten deutschen Küste auf den Besitz brauchbarer Kreuzer unbedingt angewiesen ist.

In Paris rechnet man mit einer möglichen Verzögerung des Friedensvollzugs bis nach der am 17. Januar stattfindenden Präsidentenwahl.

Amerika aus dem Obersten Rat ausgeschieden.

Das „Echo de Paris" meldet nach einem Bericht der „Agence Havas": In der Sonnabend-Sitzung des Obersten Rates hat sich ein bedeutsamer Vorfall zugetragen. **Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Wallace, verlangte, daß die Beschlüsse des Obersten Rates zukünftig statt mit der Formel „Die alliierten und assoziierten Mächte" durch die Formel „Die alliierten Mächte" eingeleitet werden.** Pertinax hat hinzugefügt, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr offiziell an den gefaßten Beschlüssen teilnehmen wollen, aber sie werden trotzdem durch ihren Gesandten in den Sitzungen vertreten sein. Wilson wird nicht nur von der Politik des Obersten Rates Kenntnis haben, sondern es wird auch nichts endgültig beschlossen, ohne daß vorher seine Zustimmung erlangt wurde.

Die Besetzung der Abstimmungsgebiete.

Die deutsche Regierung verlangt Rücksicht auf die Finanzlage.

Die deutsche Regierung ließ der Friedenskonferenz in Paris eine Note übergeben, in der darauf gedrungen wird, daß das Aufgebot von Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten mit Rücksicht auf die Finanzlage Deutschlands auf ein den Verhältnissen nach erforderliches Maß unbedingt beschränkt bleibe. Hinsichtlich der Abtrennungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß weder die künftige Zeit-

stadt Danzig noch das Gebiet Memels mit den Kosten für die Besatzung belastet werden, da deren Leistungsfähigkeit hierfür bei weitem nicht ausreiche. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besatzung würde den bisherigen Bestand der Friedensbesatzung erheblich überschreiten. Auch in Memel würde eine geringere Besatzung hinreichen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Für den Bezirk Allenstein wird darum gebeten, daß dort die Einwohnerwehren bestehen bleiben, wegen der besonderen Verhältnisse, die in diesem Abstimmungsbezirk bestehen.

Polen lehnt das bolschewistische Friedensangebot ab.

Der Krakauer „Czas" meldet aus Warschau: Im Zusammenhange mit den Meldungen der ausländischen Presse, daß die Bolschewisten den Polen ein Friedensangebot zugehen ließen, wird bestätigt, daß das Originaldokument der Bolschewistenregierung mit dem Friedensangebot sich bereits seit über einer Woche im Besitze des Ministers des Aeußern in Warschau befindet. Die Antwort wird erst nach Rückkehr des Ministers des Aeußern, Patek, erfolgen. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird die Antwort aber ablehnend sein.

Neujahrsproklamation der Sowjet-Regierung.

Die Moskauer Funkenstation verbreitet folgende Neujahrsproklamation der Sowjetregierung an das russische Volk: „Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen, sowohl vor wie hinter der Front, und es hat die Macht der Sowjets noch mehr gefestigt. Auf dem Schlachtfelde hat die Rote Armee den gegenrevolutionären Elementen Todesstöße versetzt, unter denen die Horden der zaristischen Generale zusammengebrochen sind. Geschart um die roten Banner führen wir unseren Siegeslauf in das neue Jahr hinüber, das uns den siegreichen Abschluß der Bürgerkriege bringen wird. In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus ertönt der Ruf nach Aufstellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920!"

Deutsche Fischdampfer erhalten keine Kohle in England

Die „Frankf. Zeitung" läßt sich aus London berichten: In Grimsby ist der deutsche Fischdampfer „Ada" eingebracht worden. Er war bei schwerer See 140 Seemeilen von der Küste von dem englischen Fischdampfer „Chonsca" in Seenot getroffen worden. Der Dampfer hatte keine Kohlen mehr und eine schwere Fischladung. Er war vorher im schottischen Hafen Aberdeen angelaufen, um Kohlen einzunehmen, was ihm aber verweigert wurde. Auch in Grimsby protestierten die Dockarbeiter dagegen, daß einem deutschen Schiff Kohlen geliefert würden, und daß man einem deutschen Dampfer erlaube, einen englischen Hafen anzulaufen.

Das ist innerhalb acht Tagen der zweite Fall, daß man deutschen Schiffen nicht helfen wollte. Andererseits hat ein deutscher Fischdampfer vor kurzem die Mannschaft eines englischen Fischdampfers bei hoher See gerettet und in England gelandet.

Die türkische Frage.

Zur Frage der Aufteilung der Türkei und zu der Meldung, daß Frankreich und England übereingekommen seien, die türkische Regierung aus Konstantinopel auszuweisen, berichtet der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera": Man könne noch nicht von einer Entscheidung der Konferenz sprechen. Indessen sei es sicher, daß die englische Anschauung über die französische obgesiegt habe. Es scheine, das Berthelot in den Londoner Verhandlungen sehr viel Zugeständnisse gegenüber dem englischen Druck habe machen müssen, und zwar infolge der Besorgnis, sich die Unterstützung Englands in anderen Verhandlungen zu verscherzen, besonders in der Frage der Zuweisung von Krediten und von Kohlen, sowie bei der Lösung des syrischen Problems. Was die Absichten der britischen Regierung anbetreffe, wenn sie jetzt die Ausweisung der Türken aus Konstantinopel befürwortet, so wolle England, beunruhigt durch die Bewegung in Aegypten, Indien, sowie durch die Gärung in Arabien und Mesopotamien sich gegen die Gefahren einer panislamitischen Bewegung schützen. Durch die Vertreibung der türkischen Regierung aus Konstantinopel würde dem Islam das Lebenszentrum genommen. Es würde ein erster Schritt zur Dezentralisation des Islams sein. England gedenke eine Reihe von Sonderstaaten zu schaffen, die teils auf christlicher, teils auf islamitischer Grundlage errichtet würden. England sei heute auch geneigt, Frankreich in Syrien in gewissen Grenzen zu begünstigen. Es werde unter einem unbestimmten internationalen Regime Palästina aufrechterhalten, das als Bollwerk dienen könnte zwischen den Arabern des Innern und der Küste.

Japans asiatisches Kanada.

Der Pariser „Matin" schreibt, daß Japan von jetzt ab allein in Sibirien operieren werde. Die Vereinigten Staaten ließen Japan völlig freie Hand. Der „Matin" fügt hinzu, daß dies durch die reichen Quellen an Naturschätzen, die Japan dadurch bekommt, ihm ein „asiatisches Kanada" zusichere.

Reichswehraufgebot gegen die Baltikumtruppen.

Von militärischer Seite wird dem Korrespondenten der „Telegraphen-Union" in Zittau (Sa.) mitgeteilt:

Die im Durchgangslager in Groß-Poritsch und in der König-Ludwigs-Kaserne untergebrachten Baltikumtruppen gefährden durch ihr Benehmen, sowie vor allem durch Verkäufe von in ihrem Besitz befindlichen Schußwaffen die allgemeine Sicherheit und schädigen den Staat durch Verkäufe von Pferden und Ausrüstungsstücken aus seinem Eigentum. Zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände im Durchgangslager sind am 5. Januar 5 Uhr vormittags vom Wehrkreiskommando IV (Löben) Reichswehrtruppen nach Zittau herangezogen worden.

Zu dem Aufgebot der Reichswehrtruppen erfährt die Telegraphen-Union noch folgendes:

Die aufgebotenen Reichswehrtruppen sind in Stärke von etwa vier Kompagnien in Zittau eingerückt. Sie stehen unter dem Befehl des Majors und Bataillonskommandeurs v. Stenlein und gehören dem Reichswehrregiment Nr. 24 an. Zu ihnen gehört eine Maschinengewehrkompagnie. Der Führer der Truppen hat im Laufe des Vormittags das Kommando über das Durchgangslager Groß-Poritsch übernommen. Die dort untergebrachten Baltikumtruppen wurden ohne jeden Zwischenfall entwaffnet. Im Lager befinden sich annähernd 300 Mann mit 12 Offizieren, einschließlich der Bäckereikolonne 1203, und Resten des Stabes der Deutschen Legion. Ferner befindet sich eine große Anzahl Versprengter und außerdem verschiedene der mitgebrachten Frauen, weibliche Angestellte usw. im Lager. Die geschlossenen Formationen der Baltikumtruppen werden in den nächsten Tagen aufgelöst, die Versprengten ordnungsgemäß nach ihrer Heimat entlassen und die weiblichen Angestellten usw. abgeschoben.

Die Baltikumtruppen verwahren sich dagegen, daß sie durch ihr Benehmen in der Stadt Zittau aufgefallen seien, und sie bestreiten den Reichswehrtruppen, bezw. der Regierung das Recht, ihnen ihre Ausrüstungsgegenstände, Pferde und Kriegsmaterial abzunehmen. Sie erklären, daß das gesamte Material ihr Eigentum ist, da das Bermondt-Geld, das sie als Löhnung erhalten hätten, durch das Kriegsmaterial der russischen Westarmee eingelöst werden sollte. Sie verlangen die restlose Einlösung des in ihrem Besitz befindlichen Bermondt-Geldes, bezw. fordern sie von der Regierung, daß sie ihnen das Kriegsmaterial abkaufen soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die vergessene Landtagswahl.

Ueber einen echten Schöppenstedter Streich wird aus Braunschweig berichtet: Das Mandat der Braunschweiger Landesversammlung war am 22. Dezember v. Js. erloschen, da gemäß den in den ersten Revolutionsmonaten vom gesetzgebenden Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat beschlossenen Gesetzen das Mandat des am 22. Dezember 1918 gewählten Braunschweiger Landtages nur für den Zeitraum eines Jahres galt. Unbegreiflicherweise hat die Landesversammlung von dem ihr als Trägerin der Souveränität in Braunschweig zustehenden Recht, sich selbst das Mandat zu verlängern, bei keiner Gelegenheit Gebrauch gemacht, überhaupt niemals an diese wichtige staatsrechtliche Notwendigkeit gedacht. In grenzenloser Sorglosigkeit ist man sogar soweit gegangen, den alten Landtag am 12. Dezember v. Js. auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Wie der Ministerpräsident Genosse Dr. Jasper am Sonntag in einer Massenversammlung der durch Sonderbesteuerung rebellisch gewordenen Braunschweiger Landwirte ankündigte, will das Staatsministerium den ungesetzlichen alten Landtag in übernächster Woche wieder zusammentreten lassen. Dies kann aber nicht mehr geschehen, sondern es muß die fahrlässigerweise versäumte Neuwahl des Landtages nunmehr schleunigst nachgeholt werden. Die Neuwahlen dürften mancherlei Ueberraschungen bringen. Vermutlich wird die neue Landesversammlung eine wesentlich andere Zusammensetzung zeigen.

Ein vernichtendes Urteil über die deutsche Kriegsführung.

Der Heidelberger Professor Ehrenberg hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, die deutsche Kriegsführung kritisch zu betrachten. Sein Urteil ist geradezu vernichtend; insbesondere spricht er Ludendorff das Recht ab, als großer Feldherr zu gelten:

Der wahre Feldherr kennt vor allem die Kräfte und ist im Unglück groß. Man vergleiche Napoleons Feldzug von 1814 mit dem deutschen von 1918; da ist der Unterschied zwischen einem militärischen Genie und einem militärischen Organisator. Ueberhaupt war die deutsche Heeresführung für den Weltkrieg — und auf ihn allein ist es angekommen — minderwertig. In nahezu allem — 42-Zentimeter-Mörser und Ferngeschütze waren im Grunde genommen Kinkerlitzchen — waren wir dem Feinde unterlegen und haben ihm nachgeahmt. . . . . Aber das Schlimmste bleibt die Gedankenlosigkeit, mit der das „Menschenmaterial" behandelt wurde. Wäre im Frühjahr 1918 Hindenburg im Hauptquartier durchgedrungen, so hätten wir diese Auszehrung des deutschen Soldaten nicht erfahren, und Ludendorff hätte nicht die vernichtende Niederlage erlitten, in der er 300 000 Gefangene und 4000 Geschütze einbüßte. Sagen wir es doch endlich einmal offen, daß die Mär von dem siegreich zurückkehrenden deutschen Heere eine glatte Geschichtsfälschung ist! Schließlich brauchen wir uns als Volk unserer Niederlage nicht zu schämen.

Das Urteil ist bitter; der Ludendorffpresse wird es schwer werden, es zu erschüttern.

Der „Marxist" gegen Lüttwitz.

Das Organ der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, der sich als „Ueber den sozialdemokratischen Parteien stehende" bezeichnende „Marxist", hatte kürzlich die Nachricht verbreitet, daß Lüttwitz seine Offiziere um sich versammelt und die Frage an sie gerichtet habe:

„Meine Herren, wie stellen Sie sich zu einem militärischen Putsch zur Wiederherstellung der Monarchie?"

Auf diese Frage habe ein Major erklärt, daß er Derartiges nicht mitmachen könne, da er der jetzigen Regierung zu dienen versprochen und von ihr sein Gehalt empfange. Der größte Teil der Herren habe sich mit Herrn von Lüttwitz einverstanden erklärt, ein kleiner Teil geschwiegen.

Aus einem Schreiben, das der Hauptmann im Generalstab Marcks jetzt an den „Marxisten" richtet, geht hervor, daß die Angaben der genannten Wochenschrift unwahr sind, da eine Erörterung, wie sie der „Marxist" schildert, niemals zwischen Lüttwitz und seinen Offizieren stattgefunden hat. Es handelt sich also um eine frivole Behauptung, die nur dazu angetan ist, dem kommunistischen Lager Lügenmaterial zuzuführen.

Vor einem Streik bei den Berliner Versicherungsgesellschaften.

87 Prozent, also mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit, der Angestellten bei den Berliner Versicherungsgesellschaften haben in geheimer Abstimmung beschlossen, in den Ausstand zu treten, wenn ihre Forderungen von den Gesellschaften nicht bewilligt werden. Die Entscheidung, ob in den Ausstand eingetreten werden soll, oder nicht, wird im Zentralverband der Angestellten erst im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Man will sich, falls es zur Arbeitsniederlegung kommt, nicht allein auf Berlin beschränken, sondern auch die Angestellten im ganzen Reich umfassen. Sympathiekundgebungen sind u. a. bereits aus Köln und Magdeburg eingetroffen.

Eine neue Haltung im Berliner „roten Vollzugsrat."

Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen „Appell in letzter Stunde", aus dem hervorgeht, daß der mühsam zusammengeleimte Berliner „rote Vollzugsrat" wiederum im Begriff steht, in die Brüche zu gehen. Die „Rote Fahne" kündet den Austritt der K.-P.-D.-Fraktion an, falls die „Unabhängigen" auf dem Richard Müllerschen Rätesystem bestehen bleiben.

Ein unbegreifliches Urteil.

Auch in der Republik scheint sich die Justiz noch immer als Schutz und Schirm des Militarismus zu fühlen. Aus Tilsit meldet die „T.-U.": Vor dem Amtsgericht wurde der Schriftleiter der „Tilsiter Volksstimme", Alfred Zingler, wegen Beleidigung der Militärbehörde zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem Artikel vom 18. Juli, betitelt „Gestellungsbefehl", schrieb er u. a.: „Die Militärbehörde hat einem Zivilisten den Teufel zu befehlen." — Wenn unser Kollege und Genosse nichts Schlimmeres verbrochen hat als diesen Satz, finden wir das Urteil des Tilsiter Gerichts, gelinde gesagt, ganz unbegreiflich. Schlimmere Fesseln waren der Preßfreiheit auch vor dem 9. November 1918 nicht angelegt.

Kleine politische Nachrichten.

Das Urteil gegen den Oberleutnant Hiller ist vom Gerichtsherrn nicht bestätigt worden. Er hat Berufung eingelegt und zwar im Falle Helmhake, jedoch nicht auf § 123 des Militärstrafgesetzbuches (Herbeiführung des Todes), sondern auf § 122 (vorschriftswidrige Behandlung im Dienst). Der neue Prozeß dürfte vor dem Oberkriegsgericht verhandelt werden.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht München I teilt dem „Vorwärts" mit, daß, sobald es die gesundheitlichen Verhältnisse des Grafen Arco, des Mörders Eisners, gestatten, voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats, die Hauptverhandlung zur Durchführung kommen soll. Inzwischen meldet die „Korrespondenz Hoffmann" bereits amtlich, daß gegen Arco am 15. Januar vor dem Volksgericht München verhandelt werden wird.

Der Bürgermeister von St. Ingbert bei Saarbrücken ist von der französischen Besatzungsbehörde seines Amtes enthoben und ausgewiesen worden.

d'Annunzios Kassierer ist, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Rom berichtet wird, mit einer Million für die Löhnung durchgebrannt.

Der rumänische Minister des Innern, Averescu, hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerpräsidenten, Vajda, seine Demission eingereicht.

Oesterreich.

Gegen den ungarischen Terror.

Am Sonntag fanden in Wien sechs Versammlungen der Sozialdemokratie gegen die fortgesetzten Hinrichtungen in Budapest statt. Es sprachen u. a. Dr. Otto Bauer und Dr. Friedrich Adler, welche sich in der heftigsten Weise gegen den ungarischen weißen Terror wandten. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, welche gegen die Massenmorde der ungarischen Gegenrevolution leidenschaftlich protestiert und an die ganze zivilisierte Menschheit appelliert, dem blutigen Wüten des weißen Terrors in Ungarn Einhalt zu gebieten. Die Wiener Arbeiterschaft stellt fest, daß enge Beziehungen zwischen der Reaktion in Ungarn und in Deutsch-Oesterreich bestehen, und daß es das letzte Ziel des Geiselregimes der ungarischen Gegenrevolution ist, nicht nur Ungarn, sondern auch Oesterreich neuerlich dem blutriefenden Hause Habsburg zu unterwerfen.

Rußland.

Flucht eines Großfürsten.

„Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Unter den russischen Monarchisten sind bestimmte Gerüchte verbreitet, daß es dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch (dem Bruder des letzten Zaren) gelungen sei, aus Perm zu flüchten und daß er sich jetzt an einem sicheren Ort versteckt hält.

Bulgarien.

Verschärfung des Belagerungszustandes.

„Az Est" in Budapest meldet aus Sofia, daß der Belagerungszustand in Bulgarien bedeutend verschärft worden sei. Jede Zusammenrottung ist streng verboten. Nach 5 Uhr nachmittags darf sich niemand auf der Straße aufhalten. Sieben leitende Persönlichkeiten der kommunistischen Partei wurden verhaftet und dem Militärgericht übergeben; sie sollen vor ein Ausnahmegericht gestellt werden.

Dänemark.

Der Streik der Fernsprechangestellten.

Der Teleponstreik dauert weiter an. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind noch nicht aufgenommen worden. Infolge der Aussichtslosigkeit der Lage soll der sozialistische Arbeitsminister die Absicht haben, jetzt vermittelnd in den Streik einzugreifen. Die Telephonistinnen auf der Insel Fühnen haben sich der Kopenhagener Organisation angeschlossen und wollen ebenfalls in den Streik treten, wenn dieser bis zum 1. Februar zugunsten der Telephondamen beendet ist.

Die Telephonangestellten in Schweden und Norwegen haben beschlossen, die streikenden Kopenhagener Telephonangestellten wirtschaftlich zu unterstützen.

Frankreich.

Clemenceau will Poincares Nachfolger werden.

„Echo de Paris" meldet: Clemenceau hat Sonntag abend einem Besucher, der ihn über seine Kandidatur zur Präsidentschaft befragte, erklärt: Die Wahrheit ist, daß man mich für die Präsidentschaft bestimmt hat. „Echo de Paris" sagt dazu: Das große Wort ist also gefallen.

England.

Ein Wahlsieg der Arbeiterpartei.

Bei der Ersatzwahl in dem Wahlkreis Spen Valley, die am 2. Januar stattfand, wurde der Kandidat der Arbeiterpartei, Tom Myers, mit 11 962 Stimmen gewählt. Der liberale Kandidat Sir John Simons erhielt 10 244 Stimmen und der offizielle Koalitionskandidat Fairfax 8134 Stimmen. Das Ergebnis von Spen Valley reiht sich würdig anderen Ersatzwahlen an, die in der letzten Zeit vorgenommen worden sind. Ueberall zeigte sich ein starker Rückgang der Koalition und ein gewaltiges Anschwellen der Arbeiterstimmen. Die Politik Lloyd Georges empfängt ihr Todesurteil durch das englische Volk, das sich über die Nachahmung der militaristischen Methoden Deutschlands in Irland und in Indien empört und die kapitalistische Herrschaft als unerträglichen Druck zu empfinden beginnt. Die Tage des gegenwärtigen Kabinetts sind offenbar gezählt. Allgemeine Neuwahlen können nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Ein neuer Ueberfall in Irland.

In Carrigthschill (Grafschaft Cork) in Irland überfielen 300 bewaffnete Leute die Polizeikaserne. Die Angreifer warfen Bomben und feuerten Salven in das Gebäude. Die Polizei wurde überwältigt und das Gebäude ausgeraubt. Von den Angreifern konnte niemand verhaftet werden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. Januar.

Für die Verstaatlichung des Orchesters.

Die Mitglieder vom Orchester des Vereins der Musikfreunde wenden sich in einer neuen Eingabe an Senat und Bürgerschaft, in der sie um Verstaatlichung des Orchesters ersuchen. Die Eingabe hebt hervor, daß zahlreiche andere Städte so gehandelt hätten, es scheine jedoch, daß man in hiesigen maßgebenden Kreisen die Kunst als Luxus ansehe. Die Orchestermitglieder erklären u. a.: Wir wollten eine Anstellung durch den Staat mit einer Pensionsberechtigung. Für die Pensions-Kasse stellten wir einen Betrag von 90 000 Mark zur Verfügung und verpflichteten uns, in jedem Jahre mindestens 15 000 Mk. durch Veranstaltung von Konzerten an dienstfreien Abenden im Gewerkschaftshaussaale aufzubringen. Der Staat sollte die Verwaltung selbst übernehmen. Zu jedem im Theater verkauften Billett wird ein kleiner Zuschlag gemacht für die Pensionskasse. Mit einem Worte: „Der Staat hat es leicht gehabt, uns zu übernehmen!" Wir wollten nicht einem Vereine mehr angehören, der selbst nicht in der Lage ist uns eine angemessene Entlohnung, geschweige denn eine Altersversorgung zu gewähren. Muß heute das Orchester eine Mehrbesoldung verlangen, so wendet sich der Verein prompt an den Senat und der muß ihm helfen, weil er selbst bisher nur ca. 10 000 Mark pro Jahr aufbringen konnte. Eine Summe, die gerade gut ausreichte, den Kapellmeister zu bezahlen. Wir wollten freie Hand haben, dem Volke Kunst zu bieten, dem Volke, das bisher so gut wie gar keinen Anteil an uns hatte. Unsere Gehälter inkl. Teuerungszulagen betragen augenblicklich: Ledige 332 bis 392 Mark mit 23 Dienstjahren; Verheiratete 387,50 bis 407,50 Mark in 23 Dienstjahren. Jedes Kind pro Monat 30 Mark. Es ist nur zu deutlich mit den wahrheitsgetreuen Ziffern gesagt, daß wir in der Tat hungern und darben müssen. In einer Kartellversammlung hatten wir Gelegenheit, unsere Lage zu schildern und fand unsere Verbandsforderung, die dahin ging, daß einem Orchestermusiker, der in einem Privatorchester ohne Pensionsberechtigung angestellt ist, an Mindesteinkommen pro Monat 715 Mark zu zahlen sei, nur Zustimmung. Wir werden nicht unterlassen sofort diese Forderung dem Verein der Musikfreunde zu unterbreiten. Wir wollen hoffen, daß die Bürgerschaft sich der gerechten Forderung nicht verschließen und offen bekunden wird, daß das breite Volk der Stadt ein Anrecht auf die Erhaltung des Orchesters hat. Das Orchester muß seine Existenzmöglichkeit haben und da der Verein der Musikfreunde diese nicht schaffen kann und doch nur auf den Zuschuß der Stadt angewiesen ist, bitten wir in letzter Stunde noch einmal, um die Uebernahme des Orchesters in städtische Verwaltung und Schaffung besserer Besoldungsverhältnisse. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß das Orchester heute noch im unklaren ist, was am 15. Mai aus ihm wird. Auch hier sollte die Bürgerschaft einschreiten. Es ist recht gut möglich, ein Orchester im Sommer hier in Lübeck durchzuhalten.

Reaktionäre Maulwurfsarbeit

liefert das sogenannte lübsche Amtsblatt jeden Tag nach altgewohnter Manier. Daß im Reiche nicht mehr nach alldeutscher Diktatur regiert wird, können die „Lübeckischen Anzeigen" einfach nicht begreifen. Daher versuchen sie in ihrem kümmerlichen Leserkreise die jetzige Regierung auf alle Art zu mißkreditieren. Die Helden von gestern finden stets ein Haar in der Suppe, das sie in dreckiger Manier mit schmutzigen Fingern herausklauben. Wenn wir in auswärtigen Blättern deutschnationale Sudeleien lesen, können wir mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß sie auch in der Königstraße aufgeschnappt wurden. Die Steuerscheu jener Kreise ist bekannt, bekannt auch ihre Wut gegen Erzberger, dem das Amtsblatt nach dem Wahlspruche ihres angebeteten Wilhelms empfiehlt, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln. „Raus aus Deutschland!" brüllen sie und — „Rinn nach Preußen mit Wilhelm," dem Ausreißer, vibriert es in ihrer militaristischen Seele. Dieselben Skribifaxe, die sich tölpelhafterweise einbilden, daß nur in Deutschland die edelsten der Menschen unter den alldeutschen Volksverderbern wohnen, rufen aber alsbald das Ausland zum Schwurzeugen auf, wenn es ihren dunklen Plänen nützen kann. So ließ sich das lübsche Amtsblatt über Neujahr „aus Berlin" berichten, „daß daß Ausland dem heutigen Regime keinen nennenswerten Kredit einzuräumen gedenkt, und daß es als Hauptforderung ausspricht: Los vom deutschen Sozialismus!"

Das ist der Kernpunkt der Amtsblattleute: Los vom Sozialismus! Dann kommt das Schlaraffenland für die Alldeutschen, deren volksverderbende Politik wir ja zur Genüge kennen. Sie, die Maulhelden und Säbelrassler, erhalten dann Kredit! Aber die alldeutschen Politikaster beziehen die Kreditweisheit ja nicht vom Auslande, sie lassen sie höchstens durch gutbezahlte Verleumder in ausländische Gesinnungsblätter laucieren. So ist auch die folgende Notiz zu bewerten, die die „Lüb. Anz." Montag abend über das Betriebsrätegesetz bringen:

„Wie der Reichsverband der Deutschen Industrie mitteilt, haben deutsche Industrielle und Kaufleute, die kürzlich aus neutralen Staaten zurückkamen, berichtet, daß man besonders in Holland, in Skandinavien und in der Schweiz den Werdegang des deutschen Betriebsrätegesetzes aufmerksam und mit Mißtrauen verfolgt. Es liegen auch in Berlin eine Reihe von Aeußerungen von neutralen Vertretern vor, die übereinstimmend dahin lauten, daß jeder Ausländer Bedenken tragen müsse, sein Geld in deutschen Unternehmungen anzulegen oder deutschen Fabriken Rohstoffkredite einzuräumen, so lange die wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Industrie der Indiskretion und der Mitbestimmung gänzlich unkontrollierbaren, wohl vorwiegend jugendlichen und radikalen Elementen der Betriebsräte ausgeliefert werden."

Es erübrigt sich, diese Verdrehung der Tatsachen näher auseinanderzusetzen. Dies ist im politischen Teile des öfteren geschehen. Die Wut, daß der Herrenstandpunkt gebrochen und dem Werkzeuger ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, leitet die ganze Kampfesweise dieser reaktionären Dunkelmänner.

*

Das Wahlrecht in der Synode. Auch die Kirche muß der neuen Zeit Rechnung tragen. Vor einiger Zeit wurde in der Synode eingehend über die Kirchengemeindeordnung beraten. Man kam aber nicht zum Schluß, und eine neue Versammlung mußte angesetzt werden. Diese hat nun nach den „Lüb. Anz." die Abänderung der Kirchengemeindeordnung nach der Vorlage des Kirchenrates unter Annahme mehrerer kleinerer Abänderungsanträge genehmigt. Durch die Vorlage wird die Verhältniswahl bei kirchlichen Wahlen eingeführt. Anträge auf Einführung eines gemischten Systemes, wonach grundsätzlich Mehrheitswahlen und nur auf Antrag das Verhältniswahlverfahren zur Anwendung gelangen solle, wurden abgelehnt. Mit der Neuordnung wird auch den Frauen und allen volljährigen Gemeindemitgliedern das Wahlrecht verliehen.

Die Ententekommission, die zur Besichtigung des Hafenmaterials am Sonnabend mittag mit einem englischen Zerstörer hier eintreffen sollte, ist nicht gekommen. Der Zerstörer hatte unterwegs Gegenorder erhalten.

Ein Lübecker Dampfer als Retter in Seenot. Nachdem die schweren Stürme auf der Nord- und Ostsee vorüber sind, treffen genauere Nachrichten über deren Folgen bei der Schiffahrt ein. So erlitt auf seiner letzten Heimreise der Stettiner Dampfer „Großfürst" einen bedeutenden Maschinenschaden, als er sich in schwerem Wetter an der holländischen Küste befand. Der Dampfer trieb dann bis Norderney, wo er von dem Dampfer „Gotland" aus Lübeck angetroffen wurde. Nach vieler Mühe konnte die Schleppverbindung hergestellt werden. Doch brach nach kurzem Schleppen die Schlepptrosse, so daß die Schiffe wieder auseinander kamen. Trotz des schweren Wetters konnte eine Verbindung wieder hergestellt werden, danach gelang es dem Dampfer „Gotland", den Dampfer „Großfürst" bis Borkum zu bugsieren, wo er einstweilen in Sicherheit war. — Schwer gelitten hat der schwedische Schoner „Ala" aus Malmö. Das Schiff hat in den Stürmen seine sämtlichen Segel und schließlich auch die Masten verloren, so daß es vollständig zum Wrack wurde. Die Mannschaft befand sich in höchster Not, als es an der schwedischen Küste von den Kuxhavener Fischdampfern „Neuwerk" und „Bürgermeister Adickes" angetroffen wurde. Die Mannschaft des Wracks wurde zunächst an Bord der Fischdampfer genommen, worauf man das Wrack ins Tau nahm und es nach Kuxhaven brachte. — Eine bis jetzt noch unbekannte Tjalk ist in den Stürmen auf der Nordsee untergegangen. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung, die sich in ihr Rettungsboot gerettet hatte, wurde durch den Dampfer „Gotland" angetroffen und an Bord genommen. — Die deutsche Tjalk „Gerhard" befand sich an der schottischen Küste in höchster Seenot. Das Schiff hatte bereits einen großen Teil seiner Takelage verloren. In diesem Zustande wurde es von dem Fischdampfer „Moltke" angetroffen. Der Dampfer nahm das Schiff ins Tau und konnte es glücklich in die Elbe und dann in Kuxhaven einschleppen.

Auf dem Eise eingebrochen ist am Montag mittag ein Johanneumschüler auf der Wakenitz. Er konnte glücklicherweise sofort gerettet werden. Der Retter war Leutnant Dimpker. — Obgleich das Polizeiamt jetzt überall an der Wakenitz Schilder angebracht hat, wonach das Betreten des Eises verboten ist, tummeln sich tagtäglich Kinder und Erwachsene auf dem Eise. Das wurde gestern einigen ein teures Vergnügen, denn ein Schutzmann schrieb verschiedene auf. Wenn die Leute nicht selber soviel Einsicht besitzen und die große Gefahr erkennen, in der sie sich begeben, so müssen sie eben die Folgen tragen.

Der Mieterschutzverein hält am Mittwoch im Neulauerhof eine Versammlung ab, in der Herr Mirow einen instruierenden Vortrag halten wird. Die Mieter und Mieterinnen von St. Gertrud weisen wir an dieser Stelle besonders darauf hin, die Versammlung zahlreich zu besuchen.

In der Volksküche wurden im Monat Dezember 1919 20 294 Portionen ausgegeben. 1996 Kinderportionen, 9828 Portionen Abendessen, 3902 Tassen Kaffee. Insgesamt wurden 1919 ausgegeben 289 882 (pro Tag 803) Portionen. Der Besuch war im Mai mit 38 343 Personen am stärksten, während der August nur 14 359 Besucher aufwies.

Kirchendieb. In der Nacht zum 3. ds. Mts. sind aus der Schlutuper Kirche eine schwarze Altarsamtdecke und eine weiße Battistdecke mit Brüsseler Spitzen gestohlen worden.

Festgenommen wurde ein Maler aus der Böttcherstraße wegen Hehlerei. Derselbe will von zwei Unbekannten 72 Flaschen Rum gekauft haben, von denen er sich den Umständen nach hätte sagen müssen, daß sie nur von einem Diebstahl herrühren konnten. Der Maler suchte den Rum mit Vorteil wieder zu verkaufen. — Festgenommen wurde ein Tischlergeselle aus Klücknitz, der in der Nacht zum 4. ds. Mts. einer in Klücknitz wohnhaften Arbeiterfrau 3 Kaninchen gestohlen hatte, um sie hier zu verkaufen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter und ein An der Mauer wohnhafter Drogist wegen Diebstahls bezw. Hehlerei. Der Arbeiter steht in dem dringenden Verdachte, ein Faß Tran gestohlen zu haben, welches der Drogist an sich genommen hatte, um es weiter zu verschieben.

Vermißt. Seit dem 22. September v. Js. wird der Reisende der Firma Echstädt & Robert in Berlin, Hugo Cohn, geb. am 7. 9. 1960 in Thorn, vermißt. Festgestellt ist, daß sich der Vermißte um diese Zeit in Lübeck aufgehalten hat, weil sein Handgepäck heute noch in der Gepäckaufbewahrungsstelle des hiesigen Hauptbahnhofes aufbewahrt wird. Cohn war bekleidet mit dunklem Jackettanzug, gelblich gesprengeltem Ulster und schwarzen steifen Hut. Der Vermißte ist von kleiner Statur, hat schwarzes Haar und schwarzen englisch gestutzten Schnurrbart. Personen, die in der Lage sind, sachdienliche Angaben über den Cohn machen zu können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden, wo ein Lichtbild von ihm ausliegt.

*

Moisling. Die „Eisenbahn-Zeitung" auf dem Gimpelfang. Die letzte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins befaßte sich nach der Abrechnung vom 4. Quartal und der Berichterstattung über die Bürgerschaft durch Genossen Mener mit der unlauteren Agitation der „Eisenbahn-Zeitung". Das Blatt wird in allen Tonarten angepriesen, seine neue politische Gesinnung wird mit der Papiermasse über den Schellendaus gelobt und wenn gar nichts mehr zieht, versucht man es mit Schmutzkonkurrenz übelster Art. Man unterbietet den Preis, obwohl durch Verlegerabmachungen feste Sätze bestehen. Die Redaktion macht angeblich in „volkstümlicher" Politik und der Verlag läßt durch Agenten den Bezugspreis von 4,50 Mk. auf 3 Mark, in einem Falle sogar auf 2 Mark herabsetzen. Wie eine solche Maßnahme möglich ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Ohne anderweite erhebliche Zuschüsse kann ein Blatt mit derartig niedrigen Preisen einfach nicht bestehen. Jedenfalls hat die schäbige Agitationsmethode der „Eisenbahn-Zeitung" am hiesigen Orte großen Unwillen erregt. Die Parteiversammlung nahm eine Resolution an, in der die politisch organisierte Arbeiterschaft von Moisling mit Entrüstung von den Umtrieben der „Lübecker Eisenbahn-Zeitung", die durch eine Agentin Abonnenten durch unlautere Versprechungen zu gewinnen sucht, Kenntnis nimmt. So wird z. B. zunächst ein ganz geringer Bezugspreis versprochen. Die politisch organisierte Arbeiterschaft fordert die Geschäftsleitung des „Lübecker Volksboten" auf, diesen schon mehr an Gimpelfang grenzenden Umtrieben auf den Grund zu gehen und die Moislinger Arbeiterschaft von dem Resultate zu benachrichtigen.

Travemünde. Versammlung der sozialdemokratischen Vereins. Am Donnerstag, dem 8. Januar, ist eine Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Arbeitersekretär Gogowsky wird über die politische und wirtschaftliche Lage sprechen. Die Mitglieder werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu sorgen. Vor der Versammlung werden Aufnahmen für den Verein entgegengenommen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Wahl zur Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes fand fast unter allgemeinem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Es wurden nur 3895 Stimmen im ganzen abgegeben. Davon sind noch 1073 für ungültig erklärt. Gewählt wurde die konkurrenzlose Liste der U. S. P. Da die Mitgliedschaft Hamburgs ungefähr 35 000 Mitglieder betragen dürfte, ist aus dem Wahlresultat ersichtlich, daß die Wahlenthaltungsparole unserer Genossen gründlichst befolgt worden ist. Die neue Ortsverwaltung, die nun (bis auf den selbst der U. S. P. unentbehrlichen Genossen Schweer) von rein „revolutionärer" Zusammensetzung ist, wird nun ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen haben. — Die frechen Raubüberfälle mehren sich. Am Sonnabend hatte ein Lehrling auftragsgemäß an zwei Stellen 26 000 Mark abgehoben. Im Kaufmannshaus Große Bleichen wurde der Lehrling von zwei unbekannten Männern überfallen. Die Räuber versetzten ihm einen Stoß gegen den Leib, würgten ihn und hielten ihm den Mund zu, um ihn am Schreien zu verhindern. Der Ueberfallene brach zusammen, worauf die Täter ihm eine Ledermappe, in der sich der ganze Geldbetrag befand, entrissen und mit ihrer Beute die Flucht ergriffen. — Am 30. Dezember wurde in der Schlüterstraße ein Lehrling, der kurz vorher 30 000 Mark von einer Bank abgehoben hatte, von zwei unbekannten Männern überfallen und mit der Faust in das Gesicht geschlagen. Die Räuber versuchten, ihm die Banknoten, die er in einer Aktenmappe unter dem Arme trug, zu entreißen. Der Lehrling setzte sich jedoch energisch zur Wehre, und als er laute Hilferufe ausstieß, ergriffen die Wegelagerer unverrichteter Sache die Flucht. — Heimkehr aus Japan. Der Dampfer „Himalaya Maru" ist am 25. Dezember mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen von Japan nach Hamburg abgefahren. Der Dampfer dürfte in der ersten Hälfte des März hier zu erwarten sein.

Neumühlen-Dietrichsdorf. Zwei Knaben ertrunken. Beim Eislaufen auf der unteren Schwentine sind am Sonnabend der 15 Jahre alte Sohn des Lehrers Jessen in Wellingdorf, der hier auf Besuch weilende Schüler Hentze aus Gettorf und der Schüler Stein aus dem Scharweg eingebrochen. Während Jessen und Hentze ertranken, konnte Stein gerettet werden. Die Leichen der Ertrunkenen wurden bald nach dem Unglücksfalle gefunden.

Kiel. Durch große Geistesgegenwart rettete sich der Fischer Gädtke aus Eckernförde. Er lag mit seinem Fahrzeug an der Klappbrücke am Bootshafen. Beim Anwärmen des Motors explodierte die Benzollampe. Im Nu stand G. über und über in Flammen. In diesem kritischen Augenblick rettete er sich dadurch, daß er trotz seiner schweren Fischerausrüstung in den Hafen sprang und dadurch die Flammen erstickte. Von Umstehenden wurde er ans Land gezogen. Gesicht und Hände waren verbrannt.

Rendsburg. Opfer des Eises. Der Eislauf auf den schleswig-holsteinischen Seen forderte am Sonntag ein weiteres Opfer. Auf dem Wittensee bei Rendsburg ertrank die vierzehnjährige Tochter des Landmannes H. S. Messer aus Brunsdorf. Zwei Gefährtinnen, die mit eingebrochen waren, konnten gerettet werden.

Schwerin. Drei junge Menschen ertrunken. Im benachbarten Lankow sind beim Schlittschuhlaufen drei Personen auf dem See eingebrochen und sofort ertrunken. Es handelt sich um einen etwa 20 Jahre alten Vetter der dortigen Lehrerswitwe und deren beiden Kinder, einen sieben Jahre alten Knaben und ein fünfjähriges Mädchen. Der Lehrer selbst hat im Kriege sein Leben einbüßen müssen.

Cuxhaven. 50 Fischdampfer liegen im hiesigen Fischereihafen wegen Kohlenmangels still. Am Sonntag war kein Kilogramm Kohle auf Lager. Wenn die Auslieferung der Kohle im bisherigem Tempo erfolgt, muß befürchtet werden, daß binnen kurzem die gesamte hiesige Fischindustrie zum Stillstand kommt.

Wilhelmshaven. Räuber mit Brandbomben. In den Kassenraum der 4. Kompagnie der Kommandiertenabteilung drangen mehrere Räuber ein und warfen Brandbomben. Sie erbeuteten 60 000 Mark. Mehrere Personen wurden verletzt, die Täter entkamen.

Bremen. Die Weser-Werft geschlossen. Die Aktiengesellschaft Weser mußte wegen Kohlenmangels geschlossen werden. Die Kohlenwirtschaftsstelle hat auf Verfügung des Reichskohlenkommissars angeordnet, daß die Werftindustrie für die Dauer einer Woche nicht mit Kohlen beliefert werden darf. Während der Dauer der Betriebseinstellung wird eine Anzahl von Arbeitern mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Das Werk beschäftigt augenblicklich 6600 Arbeiter, von denen für die Weiterbeschäftigung 500 bis 700 Arbeiter in Frage kommen.

Theater und Musik.

Die „Plattdütsche Volksgill" brachte am Sonntag nachmittag durch die „Niederdeutsche Bühne", Hamburg, eine von Otto Ernst nach Niebergalls hier noch nicht gegebenem „Datterich" bearbeitete „Volkskomedi" „Herr Bummerlunder" im Stadttheater zur Aufführung. Durch acht Bilder treibt der „arbeitslose Rentjee", oder, besser gesagt, das verkommene Genie mit dem spirituösen Namen sein Wesen, nassauert mit göttlicher Frechheit, bringt beinahe ein harmloses Liebespaar auseinander und gibt eine umfangreiche Sammlung bekanntester Scherze sowie Zitate aus den „Hugenotten" zum besten. Als Volksstück ist der „Herr Bummerlunder" nicht sehr viel wert, aber er bietet eine Bombenrolle, und die führte gestern Herr Dr. Ohnsorg mit bestem Humor und wirkungsvoller, aber nie übertriebener Komik durch. Er bildete die etwas rotnasige Sonne durch die und um die sich alles bewegt. Adolf Busch als Drechslermeister Dammbek, Hedwig Geuzmer als dessen Frau, Martha Farnow als deren Tochter Marie, Georg Hermann als etwas begriffsstutziger Drechslergeselle sowie Dolly Hardt als Kellnerin bemühten sich nach Kräften, ihren vom Verfasser etwas schablonenhaft gezeichneten Figuren Leben zu geben. Anderes trug wieder Merkmale eines gutgemeinten Dilettantismus. Das zahlreiche Publikum unterhielt sich auch bei dieser plattdeutschen Gabe vortrefflich. ×

Neueste Nachrichten.

Arbeitsgemeinschaft der Eisenbahner Ostpreußens.

TU. Königsberg, 6. Januar. Die ostpreußischen Provinzial-Organisationen des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten und des Deutschen Eisenbahner-Verbandes haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Als gemeinsames Ziel gilt zunächst die Demokratisierung der Verwaltung. Ferner wollen beide Verbände gemeinsam für uneingeschränktes Koalitionsrecht kämpfen. Die Technische Nothilfe wird verurteilt. Politische Fragen sollen bei der gemeinsamen Arbeit ausscheiden, alle offenen oder versteckten Angriffe auf die republikanische Staatsform aber mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden.

Beamtendemonstration.

TU. Berlin, 6. Januar. Im Anschluß an zwei große Massenversammlungen der Angestellten der Reichs- und Staats-Ministerien um den Lohntarif bildete sich gestern abend ein Demonstrationszug nach der Reichskanzlei. Dort überreichte eine Deputation die Forderungen der Angestellten.

Phantasien über Noske.

TU. Berlin, 6. Januar. Der „Reichsbote" glaubt mitteilen zu können, daß der Reichswehrminister Noske sich habe entschließen müssen, nach Paris zu berichten: „In der Reichswehr befindet sich nicht ein Mann, Hand anzulegen, falls durch das Auslieferungsverlangen der Entente irgendwelche Exekutivmaßnahmen vorzunehmen sein sollten." Wie die „P. P. N." von zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichswehrminister keinerlei Berichte nach Paris gegeben, schon darum, weil er hierfür gar nicht zuständig ist.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

TU. Berlin, 6. Januar. Die in einem Montagsblatt zum Ausdruck kommende Auffassung, daß die Beseitigung der Militärjustiz ins Stocken gekommen sei, ist, wie die „P. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, durchaus unzutreffend. Es ist zur Genüge bekannt, daß das diesbezügliche Gesetz kurz vor seiner Vollendung steht.

Die Zukunft der deutschen Heeresbetriebe.

TU. Berlin, 6. Januar. Wie die „Tägl. Rundschau" hört, sollen die deutschen Heeres- und Marine-Betriebe und die Verwendung des noch vorhandenen Heeresmaterials durch eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Reiches und später auch der Kommunen und Länder betrieben werden. Falls dieser Plan gelingt, so würde damit der große Industriekonzern Europas geschaffen werden. Sachsen hat sich, ebenso wie Süddeutschland gegen den Plan ausgesprochen. Sachsen will vielmehr bis zum 31. März in Sachsen befindliche Heeresvorräte so weit wie möglich verkaufen.

Perez Galdos gestorben.

TU. Madrid, 6. Januar. Perez Galdos, Spaniens größter Romanschriftsteller, ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Karstadts billige Stiefel

Damen-Stiefel	Chromchevreau, Derbyschnitt, schöne breite Form	55.50
Damen-Stiefel	Roßboxkalf, Derbyschnitt, kräftige Verarbeitung	55.00
Damen-Stiefel	Sportboxkalf, Derbyschnitt, starke Qualität	58.50
Damen-Stiefel	Sport-Boxkalf, Stoffeinsatz, extra hohe Schäfte, aparte Form	63.25
Herren-Stiefel	Sportboxkalf, schöne amerikanische Form, gute Ausarbeitung	76.50
Burschen-Stiefel	Rindleder, starke Verarbeitung . . . . . Größe 36—39	58.50
Kinder-Stiefel	Chromchevreau, Derbyschnitt, breite Form Gr. 25—26 24.60 Gr. 23—24	22.50
Kinder-Stiefel	Chromchevreau, Normalform, ohne Fleck, Gr. 18—21 11.25 mit Fleck, Gr. 20—22	12.75

Studieren Sie unsere Schaufenster und die noch folgenden Inserate.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Gewerkschaftshaus

Jeden Sonntag u. Mittwoch: 1200

Großer Ball

Die Interessen der Haus- und Grundbesitzer

werden am besten vertreten im

Neuen Grundeigentümer-Verein Lübeck u. U. von 1919 e. V.

Darum melde sich jeder sofort als Mitglied an. (1180

Geschäftsstelle: Engelsgrube 36, 10—1 Uhr; schriftliche Anmeldung dorthin.

Konzerthaus Lübeck.

Morgen Mittwoch und Sonntag:

Großer Ballabend.

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.

1208

Versammlung der Mitglieder u. deren Damen

Mittwoch, 7. Jan., abds. 8 Uhr

im großen Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütz. Tätigkeit:

Vortrag von Herrn Direktor Dr. **Schulze:** (1183

„Hochseefischerei" (m. Lichtbildern).

Sozialdemokratischer Verein.

Donnerstag, 8. Januar, abds. 7½ Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1919.
2. Vortrag des Genossen

Herm. Wolfradt: **Die Aufgaben unserer Partei für die nächsten Wahlen.**

3. Besetzung des Parteisekretariats.
4. Botenwahl.
5. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

☞ Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. ☜

(1161) Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"

Mitgliedschaft Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, dem 7. Januar

präzise 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

1216) Der Vorstand.

Stadthallen-Lichtspiele

Das größte und modernste Lichtspiel-Theater am Platze.

Nur noch 3 Tage das hervorragende Filmdrama:

Die Siebzehnjährigen

Ein Schauspiel in 5 Abteilungen nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von **Dr. Max Dreyer.** In den Hauptrollen:

Hanni Weisse und **Kurt Vespermann.**

Presseurteile:

„B. Z. am Mittag": . . . . In diesem Film steigert sich die Darstellung zu einer Höhe, daß man das Gefühl hat, vor einem völlig Neuen zu stehen.

„Berliner Tageblatt": . . . . . In dem Film „Die Siebzehnjährigen" werden der Filmkunst neue Wege gewiesen . . Selten wurde ein Film m. packenderer Handlung geschaffen.

„Morgenpost": Gerade die Schilderung des einfachen Menschenschicksals, die der Hauptdarstellerin **Hanni Weisse** so trefflich gelungen ist, darf beim Publikum auf hohes Interesse schließen

„Der lustige Ehemann"

1211

Schwank in 3 Akten. In der Hauptrolle: **Victor Janson.**

Auf allgemeinen Wunsch des verehrl. Publikums

„Der Weg des Leidens".

Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Fledermaus

Kabarett-Diele.

Fünfhausen 17/19.

Das große

Januar-Programm!

10 Raukasia-Tanzsterne

berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe

Hansi Heller

hum. Vortrags-Sängerin.

Albert Kersting

der ausgezeichnete Grotesk-Komiker.

Gastspiel

Fritz Steidl

der bekannte und liebenswürdige Humorist.

Nagaina (1196

indische Tempeltänzerin.

Hans Fried

hervorragender Chansonnier u. Ansager.

Original Darwin-Duo

in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen.

Der Gipfel der Tanzkunst!

2 Orchester: Dirigenten d. Elvers u. W. Schwenk.

4-Uhr-Tee u. Auftreten der Künstler.

Eintritt frei — kein Garderobenzwang.

Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Kolosseum

Jeden Mittwoch: (1177

Gr. Ball

Anfang 6 Uhr. Heinr. Ohde.

Louisenlust.

Morgen Mittwoch:

Grosses Tanzkränzchen.

Beginn 6 Uhr. (1176) Aegidius Maka.

Kaffee und Kuchen.

Beilage zu Nr. 4.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 6. Januar 1920

Was ist Korruption?

Wenn man die „Rote Fahne“ oder andere Blätter der Kommunisten liest, so scheint es, als wollten sich diese edlen Gemüter über den Fall Sklarz vor Ekel schier erbrechen. Sumpf, Kloake, Misthaufen; das ist ungefähr die Auswahl der Ueberschriften, die kommunistische Blätter zum Fall Sklarz erfinden. Die „Rote Fahne“ hat sogar herausgebracht, daß Reichswehrminister Noske durch ein Mittagessen — jawohl, durch ein Mittagessen — bestochen, einer Sklarz nahestehenden Firma einen Auftrag über mehrere Milliarden in Festungsabbrucharbeiten gegeben habe. Zwar werden derartige Arbeiten garnicht vom Reichswehrministerium, sondern vom Reichsverwertungsamt vergeben, zwar hat die von der „Roten Fahne“ genannte Firma gar keinen Auftrag erhalten, zwar sind an den von der „Roten Fahne“ bezeichneten Festungen Abbruchsarbeiten zum Teil garnicht geplant, zum Teil noch nicht in Angriff genommen, — aber was tuts? Es ist doch gar zu schön, von einem mehrheitssozialistischen Minister behaupten zu können, daß er für ein garniertes Beefsteak Milliardenaufträge aus der Hand lasse.

Sollten die Kommunisten nicht wissen, was wirkliche Korruption ist? Wenn sie ein Bild wirklicher Korruption haben wollen, so möchten wir ihnen ein Dokument zu Gemüte führen, dessen Autorität sie sicher nicht bestreiten werden. Es handelt sich um die Darstellung, die ein kommunistischer Führer selber, Dr. Ernst Bettelheim, von dem Treiben der deutsch-österreichischen kommunistischen Partei gegeben hat. Bettelheim war im Mai 1919 von der kommunistischen Zentrale der dritten Internationale nach Wien geschickt worden, um dort Ordnung zu schaffen. Es gelang ihm zwar, die bisherige Parteileitung zu entfernen, aber die neue Parteileitung erwies sich als noch schlimmer. Bettelheim hat über seine Erfahrungen einen offiziellen Bericht angefertigt, den der Wiener „Kampf“ in seiner Nummer 27 (Jahrgang 12) wörtlich abgedruckt hat. In seiner Einleitung zu diesem Dokument spricht Friedrich Adler von dem „Sumpf, der sich kommunistische Partei nennt.“ Aber lassen wir Bettelheim selber zu Wort kommen. Ueber die erste Parteileitung, die er beseitigte, urteilt Bettelheim folgendermaßen:

„Eitle, verlogene Elemente, die blutige Worte über die Proletarierrevolution sprechen, aber zur Tat der Tat sich feige versteckt haben, unfähige Elemente, die lediglich in Form von gesellschaftlichen Gesprächen die revolutionäre Tat vollbringen wollten, gewissenlose, aber gewandte Elemente, die sich stets finden, wo man durch Windbeutelei viel Geld verdienen kann, . . . dies war die Parteileitung. . . . Diese Parteileitung hat mit sträflichem Leichtsinn das Geld herausgeworfen und hierdurch der Korruption Tür und Tor geöffnet und hat den revolutionären Willen allen genommen, die mit ihr in Verbindung gestanden sind. Während das Proletariat vereinigt die Revolution gewünscht hat, hat sich die Leitung bei angenehmen Automobilausflügen unterhalten. Ein großer Sumpf war diese Partei, in welcher der Wunsch der proletarischen Revolution in Fäulnis geraten ist. Die Partei war ein gutes Geschäft, bei welchem jeder reichlich verdiente, der imstande war, diese Orgien bis zum Ende mitzumachen.“

So brandmarkt Bettelheim die erste Parteileitung der österreichischen Kommunisten. Dann kam der Parteitag, der eine neue Leitung schuf. Von ihr sagt Bettelheim:

„Diese radikalen Führer schreckten am ersten Tag ihrer Wahl vor der Revolution zurück. Sie fürchteten sich vor der Arbeit und hielten nur eine einzige gründende Versammlung ab, veranstalteten jedoch umso mehr Automobilausflüge, und die Führer verlangten immer nur Geld, Geld und wieder Geld, konnten jedoch niemals ordnungsgemäß Rechnung legen. Sie verschleuderten unglaubliche Summen, sodaß in der Partei sich niemand mehr fand, der ohne Belohnung auch nur den Finger gerührt hätte. Unter dem Titel „Alte Schuld“ verlangten sie immer wieder Geld von den delegierten Genossen. Um nur einzelne Daten zu erwähnen, wurden aus dem für die Unterstützung der am 15. Juni verletzten Genossen und der Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmten 20 000 Kronen diesem Zweck höchstens 5000 bis 6000 Kronen zugewendet. Bei dieser unglaublichen Korruption war ein weiteres Arbeiten unmöglich, und deshalb verweigerte der delegierte Genosse jede weitere Geldunterstützung. Von diesem Augenblick an kam aller Schmutz der Partei zutage. Fremde Gelder wurden veruntreut und ohne jede Kontrolle wurde mit dem Gelde gewirtschaftet.“

So sieht wirkliche Korruption aus. Wir erinnern uns aber nicht, daß auch nur eine einzige deutsche kommunistische Zeitung den Bettelheimschen Bericht abgedruckt hätte, geschweige denn, daß sie ein einziges jener Entrüstungsschimpfworte gegen die österreichischen Kommunisten verwandt hätte, die jetzt so reichlich der Feder kommunistischer Redakteure entströmen, obwohl sie ähnliche Dinge von den mehrheitssozialistischen Ministern nicht einmal zu behaupten wagen.

Uebrigens hat es in der berühmten Münchner Räterepublik kaum anders ausgesehen als in Wien. Die meisten kommunistischen Funktionäre, denen Staatsgelder zu öffentlichen Zwecken gegeben wurden, verwendeten nur den kleinsten Teil hierzu und ließen den größeren Restbetrag in die eigene Tasche fließen, wie das von den Führern der Roten Garde im Luitpold-Gymnasium einwandfrei festgestellt wurde. Ein ehemaliger Schauspieler, der als kommunistischer Funktionär 500 000 Mark erhielt, brannte spornstreichs damit in die Alpen durch. Solche Fälle lassen sich noch ein paar Dutzend anführen. Für alles das hat die kommunistische Presse noch nicht einmal ein Wort des Tadels gefunden. Aber daß ein sozialdemokratischer Minister mit dreißigjähriger makelloser Parteivergangenheit Milliardenaufträge für ein Mittagessen verkauft: das wird gern geglaubt und mit Behagen weiterverbreitet. — Ekelhafte Gesellen!

Reventlows Judenangst.

Von Bekämpfern des Antisemitismus ist immer wieder hervorgehoben worden, daß es doch ein großes Schwäche- und Armutszeugnis für das deutsche Volk bedeute, wenn die Antisemiten behaupten, neunundneunzig Prozent deutsche Bevölkerung ließen sich von einem Prozent Juden regieren. Gegen dieses Argument zieht Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ zu Felde und zwar mit dem überraschenden Geständnis: es ist in der Tat ein Schwächezeugnis und die Schwäche, welche derart bezeugt wird, ist tatsächlich vorhanden. Es läge zwar sehr nahe, in nationaler Entrüstung die Zumutung abzulehnen, daß ein Prozent Juden im deutschen Volke eine Gefahr für das Deutschtum und das Reich bilden könnte, leider aber sei eine derartige Ablehnung wahrheitsgemäß nicht möglich. Er handle sich um eine außerordentliche deutsche Schwäche, die der Schwäche des nationalen Geistes und Charakters bei den Deutschen im allgemeinen entspringt.

Man sieht, daß dieser Alldeutsche, um die antisemitische Theorie aufrechterhalten zu können, dem deutschen Volke Charakter und Nationalgefühl in höchstem Maße absprechen muß. Wenn irgendein sozialistisches Blatt sich je einfallen lassen würde, etwas Aehnliches über das deutsche Volk zu schreiben, dann würde die Entrüstung und das Wutgeheul in der alldeutschen Presse gar kein Ende nehmen. Es ist auch zu beachten, daß die hier von Graf Reventlow entwickelte Theorie der ungemeinen Charakterschwäche des deutschen Volkes ganz und gar im Gegensatz steht zu der Haupttheorie der Alldeutschen, wonach das deutsche Volk das von Gott ausgewählte Volk, das „Salz der Erde“ ist. In ihrer inneren Politik müssen die Alldeutschen zur Rechtfertigung des Antisemitismus ebenso lächerlich herabreißen, wie sie es in der auswärtigen Politik zur Rechtfertigung ihres Imperialismus lächerlich verhimmelt haben. Das deutsche Volk ist zwar kein auserwähltes Volk, aber eins der ersten und tüchtigsten Kulturvölker und nicht charakterschwächer oder national unempfindlicher als irgendein anderes Kulturvolk auf gleicher Höhe. Das ist die Wahrheit, die für die alldeutsche Politik aber nicht zu brauchen ist. Die Alldeutschen können das Volk nur brauchen, bald als eine Auslese alles Edelmenschentums, bald als eine Herde charakterschwacher Narren.

Bezeichnend für die antisemitische Propaganda ist auch folgendes: In der alldeutschen Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ hatte ein Mann mit germanischem Pseudonym eine Statistik über die Juden im Heere aufgemacht und war zu dem Ergebnis gekommen, daß im Höchstfall 78 271 Juden oder 11 Prozent im Kriege Heeresdienst getan hätten. Die Statistik mußte falch sein, denn der alldeutsche Rechenmeister hatte nur die Juden im Heere zu einem bestimmten Zeitpunkt, in der Mitte des Krieges, seiner Prozentrechnung zugrunde gelegt, also sowohl die bis dahin Gefallenen, zu Krüppel Gewordenen, Gefangenen und Vermißten, wie auch die in den letzten zwei Kriegsjahren eingestellten Juden einfach aus seiner Rechnung fortgelassen. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens stellt demgegenüber fest, daß weit mehr als hunderttausend Juden von insgesamt 540 000 deutschen Juden, d. h. etwa 20 Prozent, am Kriege teilgenommen haben.

Ergebnisse der Viehzählung.

Die vorläufigen Ergebnisse der am 1. September 1919 im Reiche mit Ausnahme der abzutretenden Gebiete, der Bayerischen Pfalz und von Birkenfeld vorgenommenen Viehzählung ergeben bei den Rindern einen Bestand von . . . . 16 423 832 Stück.

Davon		
Kälber unter 3 Monate	1 675 334	„
Jungvieh (von 3 Monaten bis 2 Jahren) .	5 105 143	„
Bullen, Stiere und Ochsen	993 184	„
Kühe, auch Färsen und Kalbinnen	8 650 171	„
Milchkühe	7 717 969	„
Rinder über 3 Monate im ganzen	14 748 498	„

Der Vergleich mit der Zählung am 2. Juni 1919 zeigt, daß die Zahl der Kälber unter 3 Monate in den gleichen Zählbezirken um 18,6 Prozent gesunken ist. Diese Abnahme ist dadurch erklärlich, daß die Hauptkalbezeit zwischen dem 1. März und 31. Mai liegt.

Die über 3 Monate alten Rinder haben eine Vermehrung um 2,6 Prozent erfahren, und zwar das 3 Monate bis noch nicht 2 Jahre alte Jungvieh um 6,8 Prozent, die Bullen, Stiere und Ochsen um 0,8 Prozent und die Kühe, Färsen und Kalbinnen um 0,5 Prozent. Die Zunahme des über 3 Monate alten Jungviehs ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Kälber bei der Zählung am 2. Juni 1919 eine Vermehrung um 28,2 Proz. zeigte.

Trotz des erheblichen und natürlichen Kälberrückganges ist die Gesamtabnahme des Rindviehbestandes nur sehr gering, nämlich 2537 Stück oder 0,01 Prozent gegenüber der vorangegangenen Zählung.

Die Zählung der Schweine am 1. September 1919 hat einen Gesamtbestand ergeben von . . . . . 11 156 858 Stück.

Darunter		
Ferkel unter 8 Wochen	2 641 379	„
8 Wochen bis ½ Jahr alte Schweine	4 610 058	„
½ Jahr bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine .	2 596 731	„
1 Jahr und ältere Schweine	1 308 690	„

Gegenüber der Zählung vom 2. Juni 1919 weisen sämtliche Altersgruppen eine Zunahme auf, und zwar die der Ferkel um 15,1 Proz., der 8 Wochen bis noch nicht 1 Jahr alten Schweine sogar 75,2 Proz. und der 1 Jahr und älteren Schweine um 25,8 Prozent. Die Gesamtzahl der Schweine ist gegen die vorige Zählung um 29,5 Prozent gestiegen.

Ein genauer Vergleich mit den am gleichen Tage des Vorjahres festgestellten Ergebnissen der Zählung der Schweine ist wegen der Ausscheidung der oben angeführten Bezirke nicht möglich, jedoch zeigt sich gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Vermehrung des Bestandes.

Die Zahl der Schafe weist mit 5 823 957 Stück gegenüber der Zählung vom 2 Juni 1919 eine Abnahme um 6,1 Prozent auf. Die Abnahme ist daraus zu erklären, daß die Lammzeit der Schafe in die ersten Monate des Jahres fällt und im August bereits ein größerer Teil der Schafe zu Schlachtzwecken abgestoßen wird.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. Januar.

Schädigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen durch den sogenannten Einheitsverband.

Mit Verordnung der Reichsregierung vom 8. 2. 19 wurde die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, die früher eine private Einrichtung war, auf das Reich übernommen. Bei der Abteilung IV des Reichsarbeitsministeriums, die als oberste Reichsbehörde für die Versorgung in Frage kommt, wurde ein

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

77. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Kurz nach fünf trat die Jungfer ein und sagte, es wäre Zeit zum Anziehen. Von Bert war noch keine Antwort gekommen. Anna fühlte sich wieder trostlos und blutleer. Am liebsten wäre sie in ihren alten Winkel zurückgekrochen. Aber gehorsam folgte sie der Jungfer ins Toilettezimmer. Sie ließ sich die schmerzenden Haare mit Puder bestreuen. Während ihr Mund wie von einem bitteren Geschmack verzogen war, ließ sie sich Schönpflästerchen auf die Wangen kleben. Dann wurde sie in das Watteaukleid eingeschnürt und kroch in die riesige Krinoline, auf deren heller Seide bunte Blümchen verstreut waren. Während sie sich im Spiegel betrachtete, dachte sie: Das ist die wahre Grimasse der Fröhlichkeit.

Sie mußte sich beeilen. Ein paarmal hatte schon die elektrische Klingel geschellt. Dehwitz rief, sie möchte endlich kommen. Auf der Treppe traf Anna ihre Mutter. Schmutzig, ungewaschen, ungekämmt, wie sie war, hatte die Alte ihr schwarzes Seidenkleid angezogen, dessen Taille schief zugeknöpft war. Dicker Puderstaub lag auf ihren Runzeln. Was sie an gutem und schlechtem Schmuck besaß, hatte sie angelegt. Ein Paar schwarze Handschuh hielt sie in der tintefleckigen Hand, am Arm hing ihr Pompadour.

„Um Himmelswillen, Mama, so kannst du doch unmöglich gehen!“

„Was? Warum soll ich nicht so gehen können? Was hast du wieder an mir auszusetzen? Ich habe nicht so viel Geld wie du, um tausend Mark an ein Kostüm zu verschwenden.“

„Aber Schuhe kannst du doch wenigstens anziehen. Es geht doch nicht, daß du in Filzpantoffeln kommst.“

„I, das sieht kein Mensch. Wer guckt einer alten Frau wohl auf die Füße! Ich muß hinunter. Du hast doch auch wirklich gestern abend an Schöbel bestellt, daß er bestimmt kommt. Ich begreife ihn nicht. Ich habe dreimal geschrieben. Er antwortet nicht. So ein Benehmen ist mir noch nicht vorgekommen bei einem Menschen, mit dem man seit zehn Jahren befreundet ist.“

„Eine teure Freundschaft!“ murmelte Anna.

„Was, willst du mich auch nervös machen? Fang nur an! Dann kannst du was erleben! Ich bin gerade in der Stimmung mir Vorwürfe gefallen zu lassen. Ich möchte wissen, wo du ohne mich wärst!“

„Herrgott, schrei doch nicht so!“

Aber die Alte erhob ihre kreischende Papageienstimme nur noch lauter, daß es die Treppe hinunterschallte.

„Ich möchte wissen, ob noch ein Stück Möbel im Haus dir gehörte, wenn ich nicht alles zusammen gehalten hätte! Aber das wird nicht anerkannt! Da hackt ihr alle auf mich ein, weil ich Verluste gehabt habe. Gibt es das je auf der Welt, daß man bei Spekulationen immer gewinnt?! Wenn nur Schöbel heute kommt, dem will ich meine Meinung sagen. Man ist zu anständig für diese Welt von Gaunern! Die Menschen sind ja so gemein, so ordinär, so niederträchtig.“

„Jetzt bist du aber still! Sonst schließe ich dich in dein Zimmer ein.“

Anna lief eilig die Treppe hinunter. Der Flur war dicht gedrängt voll Menschen, die sie stumm mit feierlichen, steifen Verbeugungen grüßten. Für den Augenblick fühlten sie sich noch nicht recht wohl in ihrer Haut. Ein Orgeldreher mit langem weißem Bart, blauer Brille und Stelzbein lehnte sich an eine niedliche Italienerin, der der Diener eben den großen Abendmantel abnahm. Das junge Mädchen, eine Tochter des Professor Seiffert, kreischte bei Annas Anblick auf und hielt sich verlegen die Hand vors Gesicht. Aber der Impresario der Gesellschaft, ein Engländer in zeisiggrünem Frack schob die beiden als Dienstleute verkleideten Herren, die an zwei Stangen eine riesige mit einer Mordgeschichte bemalte Leinwand hielten, in den Salon.

„Herein meine Herrschaften! Das Publikum wartet schon! Die obdachlose Liebe oder die rührende Geschichte vom ertunkenen Ehepaar. Halten Sie Ihre Taschentücher bereit!“

Die Räume waren schon mit Masken gefüllt. Eine Gesellschaft von Akademikern, die auf dem Altmarkt die Ermordung des Caesar dargestellt hatte, durchzog jetzt die Häuser. Sie steckten alle in schlottrigen Trikots und weißen Bettüchern, hatten auf dem Kopfe eine straffgezogene Schweinsblase und strohgefüllte Holzschuhe an den Füßen. Ein anderer Trupp karikierte ein bekanntes Damenpensionat. Die Pensionsmutter mit der heuchlerischen Miene und der sanft geröteten Nase war wundervoll gelungen. Unter den Pensionären waren reizende junge Kerle, die kaum den ersten Bartflaum auf der Lippe hatten, deren Männlichkeit nur durch ihre unnatürlichen Bewegungen und ihre heisere Fistelstimme verraten wurde. Dazwischen saßen Offiziere in schwarzem Bratenrock, mit Pappnasen, auf dem Kopf einen roten Fez. Einige Freundinnen Annas, die alle in ihren Watteaukostümen von gestern abend gekommen waren, saßen noch ein wenig schüchtern, gedrängt bei einander, während sich die Herren dazwischenquetschten, um bunte Reihe zu machen. Am Flügel saß Oberstadt, schwarz vom Kopf bis zu den Füßen, ohne die geringste Maskierung, aber gerade deshalb eine tolle Karikatur. Während die Leute mit der Mordgeschichte ihre Leinwand auseinanderrollten, begrüßte Anna ihre Gäste. Sie fühlte sich elend und nicht zum Scherzen aufgelegt. Als ein Bajazzo ihr mit seiner Kindertrompete in die Ohren blies, zuckte sie zusammen. Er lachte über sein ganzes Gesicht und streckte ihr seine Hand hin, es war ein Leutnant von den Husaren. Wie kann der Mensch nur lachen, mit seinen gelben Zähnen! dachte Anna. Sie sah sich um. Bert war nicht da. Ob ers übers Herz bringt, einfach nicht zu kommen? Wie Isidor Schöbel, der meine Mutter im Stich läßt! Ach, sie hat recht, die Welt ist schlecht, lauter Gauner, lauter Gesindel. Aber sind wir selbst nicht das schlimmste Gesindel? Ob die Leute wissen, daß wir einen Menschen ins Irrenhaus gesteckt haben? Daß wir dessen Gut verschlemmen? Ob sie ahnen, daß der Sekt, den sie trinken, ihm gehört?

Immer neue Gäste kamen. Es war gedrängt voll im Salon. Der Orgeldreher trug jetzt in larmoyantem Ton die Mordgeschichte vor, während er nach jedem Vers seinem Instrument ein paar Töne entlockte. Der Engländer schlug dazu mit seinem Stock auf die Leinwand. Das erste Bild zeigte das Ehepaar vor dem Karneval in einem mit Möbeln vollgestopften Zimmer. Auf dem folgenden Bild war es leer geworden, man sah die Frau die Bettdecken und Matratzen fortschleppen, während der Mann das Gestell wegtrug. Dann war das Düsseldorfer Leihhaus dargestellt, ein wahres Völkergewimmel von Leuten, die ihre letzten Habseligkeiten versetzten. Darauf kam das traurige Ende, Mann und Frau standen mit Stricken aneinander gebunden auf der Brücke, um in die Landskrone zu springen. Auf dem folgenden Bild aber wurden sie gerettet, das leere Portemonnaie des Mannes hatte verhindert, daß sie untergingen. Auf dem Schlußbild stand die Frau am Waschtrog und scheuerte das Portemonnaie aus, darunter stand: „Nach Fastnacht allgemeine Beutelwäsche!“

Als der Orgeldreher mit seinem Lied zu Ende war, drängte alles durcheinander. Die Damen tauten auf. Während sie sich den Hof machen ließen, gaben sie schnippische Antworten und bewegten eifrig die Fächer. Die jungen Akademiker machten von ihren Weiberkleidern Gebrauch und waren sehr zärtlich zu ihren lieben Schwestern, tätschelten ihre Wangen, flehten um ein Küßchen. Die alten Römer dagegen waren ganz feierlich, tranken stumm ihre Bowlengläser leer und blickten den Schäferinnen mit niedergeschlagenen Augen in die tief ausgeschnittenen Kleider.

Plötzlich stürmte ein Bruder Straubinger ins Zimmer, stoppelbärtig, ein verbundenes Auge, Schuhe, aus denen nachgemachte Zehen hervorsahen, einen Knotenstock schwingend und mit dröhnendem Baß: „'n Abend zusammen!“ brüllend. Er ging sofort auf Frau Horstmann los, schüttelte ihr die Hand, als wenn er ihr den Arm ausrenken wollte.

„Habt ihr nich e Paar abgelegte Stiefel oder en alte Hose? Ich tät Euch auch bis in den Himmel danke.“

Dann ging er auf eine Dame zu und ergriff ihr Glas.

„Is dat Schnaps?“

Fortsetzung folgt.

„Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge" gebildet. Zu seinen Beratungen werden neben den Vertretern der amtlichen Stellen Vertreter derjenigen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenorganisationen zugezogen, die Reichsbedeutung haben. Im August wurden für die neuen Versorgungsgesetze die Wünsche der Organisationen gehört. Die Besprechungen wurden solange für vertraulich erklärt, bis die Vorschläge feste Gestalt angenommen haben. Trotzdem hat der Verband „Wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter" (Sitz Leipzig), der sich zur Täuschung der Oeffentlichkeit und der Behörden fälschlich „Einheitsverband" nennt, sowohl in Versammlungen, als auch vornehmlich in seinem Verbandsblatt „Der Kriegsbeschädigte" unter Vertrauensbruch falsche Darstellungen gegeben. Dadurch wurde, wie den P. P. N. geschrieben wird, in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine unnötige und unverantwortliche Verwirrung erzeugt. Die übrigen im Reichsausschuß vertretenen Organisationen legten deshalb dem Reichsarbeitsministerium nahe, eine amtliche Klarstellung zu geben. Diese ist, nachdem der Leipziger Verband aus dem, dem Reichsausschuß beigeordneten, Kriegsbeschädigtenausschuß ausgeschlossen worden war, in der Sitzung des Reichsausschusses am 5. 12. 19 erfolgt. — Im Leipziger Verband ist nur ein geringer Bruchteil der Kriegsbeschädigten organisiert. Es steht in der Organisationsgeschichte einzig da, daß ein Verband eine Taktik angewendet hat, die eine solche moralische Niederlage zur Folge hatte, und mit der gleichzeitig den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen großer Schaden zugefügt wurde. Daß Vertreter dieses Verbandes in der letzten Zeit sogar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden sind und sich als alleinige Vertreter der Kriegsbeschädigten ausgegeben haben, ist nicht dazu angetan, ihre Moral zu stärken. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat trotzdem mit den anderen Verbänden zusammen an den letzten Sitzungen des Reichsausschusses teilgenommen, da ihnen die Sache der Kriegsbeschädigten hoch genug stand, um sich durch das lügnerische Treiben des Leipziger Verbandes nicht an der sachlichen Arbeit stören zu lassen. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind vor dem Leipziger Verband nicht genug zu warnen. Die größte und einflußreichste Organisation ist der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, der 500 000 Mitglieder zählt und dessen Zeitschrift „Reichsbund" mit einer Auflage von 520 000 die größte aller derartigen Fachblätter ist.

Umsatzsteuergesetz. Der Wortlaut des Umsatzsteuergesetzes ist, wie die Handelskammer mitteilt, in Nr. 1 des Deutschen Reichsanzeigers vom 2. Januar d. J. erschienen. (Zunächst ohne die Ausführungsbestimmungen.) Einzelne Nummern dieses Gesetzblattes können zum Preise von 80 Pfg. von der Geschäftsstelle des Blattes, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32, bezogen werden. Das Gesetz über das Reichsnotopfer ist in Nr. 3 des Deutschen Reichsanzeigers vom 3. Januar ds. Js. enthalten.

Die **Kohlennot** macht sich auch in Lübeck immer schärfer bemerkbar. Besonders stark leiden einige industrielle Werke unter der Kohlenknappheit, so daß sie schon jetzt gezwungen sind, nur noch 4 Tage die Woche zu arbeiten. Wenn eine bessere Kohlenbelieferung nicht bald eintritt — wozu leider keine Aussicht besteht — werden einige Werke gezwungen sein, ihren Betrieb vorübergehend ganz zu schließen. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, die die Einstellung ihres Betriebes schon angekündigt hatte, wurde im letzten Augenblick mit etwas Koks versorgt, so daß die Stillegung um einige Tage hinausgeschoben werden konnte. Auch auf dem Hochofenwerk ist der Kohlenvorrat fast ganz erschöpft. Eine Stockung in der Kohlenzufuhr würde auch die Gasversorgung Lübecks gefährden. Aehnlich so schlecht wie hier in Lübeck steht es auch mit der Kohlenbelieferung der anderen Städte. Dort haben nicht nur einige industrielle Werke, sondern auch Gaswerke ihren Betrieb einstellen müssen. Auch die Eisenbahnen können kaum noch mit den nötigen Kohlen versorgt werden. Trotz der Steigerung der Kohlenförderung sieht es also trübe aus. Das kommt hauptsächlich daher, weil die Entente immer mehr Kohlen fordert.

Arbeiterbewegung.

Der Streik im Berliner Wäschereigewerbe ist durch Verhandlungen beigelegt. Die Arbeit wurde Montag allgemein wieder aufgenommen. Den Arbeitern ist eine Lohnerhöhung von 50 Prozent auf den alten Tarif, rückwirkend vom 1. Dezember 1919, zugesichert.

Die Eisenbahner-Bewegung. Die Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern sind Montag in Berlin wieder aufgenommen worden. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die weiteren Lohnerhöhungen abermals durch Tariferhöhungen eingebracht werden müssen. Nach den bisherigen Feststellungen würde man, wenn alle Forderungen der Eisenbahner restlos bewilligt würden, den Tarif für den Personen- und Güterverkehr um 100 Prozent erhöhen müssen.

Gegen die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung". In den letzten Tagen des alten Jahres fand in Essen eine Bezirkskonferenz des Metallarbeiterverbandes statt, die sich u. a. auch mit der jetzigen Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung" beschäftigte. Von Haas (Köln) und Genossen lag eine Entschließung vor, die die einseitige politische Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung" entschieden verurteilt. In seiner Begründung verwies Haas auf den Beschluß des Berliner Verbandstages von 1915, wonach die Redaktion sich von parteipolitischen Auseinandersetzungen fernzuhalten habe. Im Gegensatz zur alten Redaktion, die diesen Beschluß stets beachtet habe, redigiere die jetzige Redaktion die „Metallarbeiter-Zeitung" in einseitig politischer (unabhängig-kommunistischer) Richtung. Die Entschließung wurde mit 58 gegen 52 Stimmen angenommen.

Bergarbeiterstreik. Der obere Schacht in Oderfurt bei Mährisch-Ostrau der österreichischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft ist vollzählig in den Ausstand getreten. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhung.

Reich und Ausland.

Ein Riesenbrotkartenschwindel wurde von der Kriminalpolizei in Berlin aufgedeckt. Eine Bande, die hauptsächlich aus Galizien bestand, verleitete Hilfsangestellte des Berliner Magistrats, riesige Mengen bereits abgelieferter Brotkarten zu stehlen. Der „Geschäftsführer" der Schiebergesellschaft, Rassau, verdiente an dem Unternehmen so viel, daß er sich mehrere Häuser und eine Villa kaufen und Mitinhaber einer Maschinenfabrik werden konnte. Die Haupttäter wurden verhaftet.

Die verräterische Streichholzschachtel. Unter dem Verdacht, den Raubmord an der Kartenlegerin Dummik in Berlin verübt zu haben, werden von der Kriminalpolizei der 20 Jahre alte Kurt Dobrik und dessen Geliebte, das Dienstmädchen Heinrichsen, gesucht. Zum Verräter wurde eine Streichholzschachtel, der nur ein einziges Streichholz entnommen war. Diese stammte aus einer Schankwirtschaft unter der Dummikschen Wohnung und war von der Heinrichsen, die bei der Dummik beschäftigt war, geholt worden. Die beiden Verdächtigen sind verschwunden.

Erschossener Einbrecher. In der Nacht zum Montag drückten in Berlin Einbrecher die Fensterscheibe eines Schneidergeschäfts ein, wurden aber beim Einbruch gestört. Als sie zurückkehrten, wurde einer von ihnen von dem inzwischen aufmerksam gewordenen Besitzer durch einen Schuß getötet.

Ein Millionenschwindler verhaftet. In einem Hotel in Görlitz wurde ein Schwindler namens Max Steuer verhaftet. Durch gefälschte Duplikat-Frachtbriefe hat er Berliner Kaufleute um mehr als 1½ Millionen Mark betrogen und auch andere Schwindeleien verübt.

Erdbeben in Mexiko. Aus Mexiko vom 5. Januar wird gedrahtet: In verschienen Gegenden des Landes, namentlich in der Provinz Veracruz, wurden heftige Erdstöße verspürt. Ueber 100 Tote wurden gemeldet. Der Schaden ist groß. Auch ein Seebeben auf der Höhe von Veracruz hat Menschenleben gefordert und gewaltigen Schaden verursacht.

Theaterbrand in Uruguay. Das Politeama in Montevideo, eines der größten Theater Südamerikas, ist durch Feuersbrunst zerstört worden.

Brand im Koblenzer Schlosse. Im Schlosse zu Koblenz brach am 3. Januar ein Brand aus, bei dem die Kapelle beschädigt und ein großer Teil der wertvollen Bücherei des Landgerichts, das in dem Gebäude untergebracht ist, zerstört wurde.

Grubenunglück auf Spitzbergen. Die große norwegische Spitzbergen-Kohlen-Kompagnie erhielt aus Spitzbergen ein Telegramm, wonach in der Grube 1 eine Explosion stattfand. 20 Arbeiter wurden getötet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

Brand in einer Lokomotivfabrik. Ein Brand in der Lokomotiven-Werkstätte in Florisdorf bei Wien hat 32 Lokomotiven stark beschädigt und einen Schaden von mindestens 40 Millionen Kronen angerichtet.

Am Mittwoch, d. 7. Jan. 1920, findet die Ausgabe der Lebensmittelkartenhefte für die Bezirke 59 bis 65 in der Börse von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt.

Bei verspäteter Abholung der Hefte wird eine Gebühr von 50 Pfg. für die Person erhoben. (1192

Das Landesversorgungsamt.

Der vierte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 2. bis 10. Januar dieses Jahres bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (1181

Lübeck, d. 31. Dez. 1919.

Die Steuerbehörde.

V. G. u. St.

Festkomitee-Sitzung

am Mittwoch, 7. Januar abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

1197) Der Vorstand.

Für die uns zu unserer silbernen Hochzeit erwiesene Aufmerksamkeit danken wir herzlich. (1205

Johs. Meyborg u. Frau. Kottwitzstraße 23.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden, sowie Herrn Pastor Rüdiger für seine trostreichen Worte beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagt im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank (1207

Gottlieb Voß.

Lauen, 5. Januar 1920.

Leer. Zim. od. kl. Wohn. a. jg. Ehepaar zu mieten gesucht. Ang. u. E 136 an die Exped. d. Bl. (1199

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgr. Lübeck.

Die hiesige Ortsgruppe sucht zum 1. April 1920 einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Gehalt: Monatl. 600 Mk. Außerdem für jede Sitzung nach Feierabend 3 Mk. Die Bewerber müssen Mitglied des Reichsbundes sein. Bedingung ist: Rednerisch begabt, in der Fürsorge erfahren und im Verkehr mit den Behörden bewandert.

Angebote sind bis zum 1. Februar 1920 an den Kameraden **Huckfeld**, Kirchenstr. 8, unter „Bewerbung Geschäftsführer" zu richten. (1203

Gesucht ein (1187

Rockschneider.

H. Krey, Friedhofstraße 3.

Zu mieten oder zu pachten gesucht ein kleines Haus mit Stall und Garten. Holstentor oder Burgtor bevorzugt. Zu melden unter K Sch an die Exp. d. Bl.

Ein Damen-Winterhut, Hängelampe, Kohlenkiste zu verkaufen.

1213) Glandorpstr. 44, III.

Schön blühender Gelenkkaktus billig zu verkaufen. (1212

Lichte Querstr. 3, pt., Fl.

Am Mittwoch morgen große Ferkel u. Zugänger zu verkaufen.

H. Stapelfeldt,

1215) Kremperstr. Allee 80.

Herren-Ulster zu vertausch. 1185) Warendorpstr. 16, I.

D.-Stiefel, Gr. 37, z. verk. 1209) Lo. Lohberg 21/8.

Zu vertauschen neue D.-Schuhe, Gr. 39. Zu bes. a. 1 U. (1210

Langer Lohberg 1, I.

Buffet und Chaiselonge zu kaufen gesucht. Ang. u. O B an die Exp. (1191

Zinn, Kupfer, Messing u. a. Metalle zu kaufen ges. 1185) Fleischhauerstr. 26, p.

9 Damen-Maskenkostüme zu vermieten. (1184

Sadowastraße 23, I.

Kartoffelland,

gedüngt u. gepflügt, gibt ab Quadratrute 2.50 M. (1194

Karl Reshöft, Triftstr. 17.

Sonnabend abend in der Bahn 7 Uhr 5 ab Koblmarkt Paket m. 2 Kissenbezügen m. Lochstickerei-Einsatz, 1 Handtuch u. 1 handgestickt. grau lein. Sofakiss., all. gez. M. S. liegen gelass. D. Dame ist Glog· instr. ausgestiegen. Der ehrl. Finder wird ers., das Paket Glogistraße 11 a geg. gute Belohn abzug. (1217

Gefunden Sonntag vor Weihnachten in Ratekau ein Damen-Portemonnaie mit Geld und Trauring. Abzuh. bei Aug. Stricker, Seeretz b. Dänischburg, Bruhnstr. 8. (1198

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt. (1195

Ankauf v. künstl. Gebissen, Brennstift., Platin alt. Gold u. Silb., gold. u. silb. Taschenuhr. Königstr 92 (1170

Die Verfassung des Deutschen Reiches

vom 11. August 1919.

Textausgabe mit Sachregister.

Preis Mk. 1.10.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

An die Arbeiterschaft von Lübeck

und Umgegend!

In Oesterreich sterben 100000 Kinder an den Folgen von Hunger und Kälte,

selbst wenn alle Hoffnungen, die unsere österreichischen Brüder auf die Hilfe Deutschlands und der Entente setzen, restlos erfüllt werden. So lautet die Erklärung des österreichischen Amtes für Volksgesundheit.

Immer dringender werden die Hilferufe und wecken Echo in den Herzen der Menschheit. Überall regen sich die Hände, um zu helfen. Da darf auch Lübecks Arbeiterschaft nicht fehlen. Die Liebe zu dem Volke, dem wir angehören, und vor allem die heiligste Menschenpflicht gebietet uns, mit allen unseren Kräften heilend einzugreifen. Ungeheuer ist diese Tragödie — gewaltig muß auch die Hilfe sein. Jeder von euch, der dazu irgend in der Lage ist, bringe sein Notopfer im edelsten Sinne des Wortes. Wir schlagen der Lübecker Arbeiterschaft vor, in Versammlungen und Betrieben zu sammeln. Opfere jeder den Verdienst eines einzigen Tages, der es irgend kann. Keiner stehe zurück. **Denkt an eure eigenen Kinder und schützt die Kinder unserer Volksgenossen vor dem Hungertode.** Wer dazu in der Lage ist, erkläre sich bereit, ein Wiener Kind eine Zeitlang bei sich aufzunehmen und es zu nähren und zu kleiden.

Tut eure Menschenpflicht! 1206

Die gesammelten Gelder sind sobald als möglich im Bureau des Gewerkschaftskartells, Johannisstr. 48, II (Transportarbeiter-Verband) oder bei unserem Kassierer Chr. Thies (Gewerkschaftshaus) gegen Quittung abzuliefern.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Rodsien. Thies. Bromme. Ehlers. Mißbach.

Zahle für Haushaltungen (1214 pr. Pfund 60 Pfg.

Altes Eisen, Metalle zu höchsten Tagespreisen.

B. Sager, Rosenstr. 18.

Postkarte wird vergütet.

Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Hansa-Theater

Dienstag, 7 Uhr: (1175

Heideröschen

Volksoperette v. H. Steffen

Mittw.: Die Czardasfürstin

Donnerst.: Heideröschen.

Freitag: Die Geisha.

Stadttheater Lübeck

(1202

Dienstag, den 6. Januar:

15. Vorstellung im Dienstag-Abonnement

Anfang 7 Uhr:

Und das Licht leuchtet in der Finsternis.

Drama in vier Akten von Leo Tolstoi.

Mittwoch, den 7. Januar,

Anfang 3 Uhr:

Peterchens Mondfahrt.

Weihnachtsmärchen in 7 Bildern von Gerdt von Bassewitz.

Anfang 7 Uhr:

14. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement

Cavalleria rusticana.

Der Bajazzo.

Donnerstag, den 8. Januar

Schauspielgemeinde Grüne Karten

Der Diamant.

Freitag, den 9. Januar:

15. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

Eugen Onegin.

Mehrere Waggons **Steckrüben**

Bei Entnahme von mehr als (1182

10 Zentner 8.50 } à Zentner
darunter 9.50 }

Nordd. Waren-Import-Gesellschaft

Bei der Johanniskirche 25—27 c. Telephon 9055.

Prima Rauchtabak,

Feinschnitt, Mk. 25.— per Pfd. (1190

Franz Schwedt Telephon 1511

Kameraden aus der Gefangenschaft!

Eure Interessenvertretung ist der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

In Lübeck ist die Geschäftsstelle:

Dankwartsgrube 20.

Geöffnet: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr. (1204

Sie steht jedem Kameraden kostenlos mit Rat und Tat zur Seite.

Mieterschutzverein.

Einladung der Mieter und Mieterinnen der Vorstadt St. Gertrud zu einem

Vortrag des Herrn Mirow

am Mittwoch, dem 7. Januar, abends 7 Uhr im Restaurant Neulauerhof, Arnimstr.

T.-O.: Zweck und Ziele des Mieterschutzvereins. Freie Aussprache.

1188) Der vorbereitende Ausschuß.

Friedrichshof.

Jeden Sonntag und jeden Mittwoch: (1178

Gr. Tanzkränzchen

Kassenöffnung 4½ Uhr. — Anfang 5 Uhr.

Es ladet freundlichst ein P. Brauer.